Sonntag, 11. März 1923. **Einzelnummer 200 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 57.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabestellen 4100.—
durch Zeitungsboten 4200.—
am Postamt 4500.—
ins Ausland 6000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 160.— M
Reklameteil. 480.— M

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 160.— p. M.
" Reklameteil 480.— p. M
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Die Politik in Warschau.

Unser Warschauer Sonderberichterstatter meldet:

Die Spannung hat sich gelöst. Die Gefahr eines Rücktritts des Kabinetts Sikorski ist beseitigt. Die Finanzreform Grabskis ist dem Ausschuß überwiesen worden. Dort mag man sich mit ihr beschäftigen oder sie ruhen lassen. Für die nächsten Wochen ist dieser Stein des Anstoßes jedenfalls aus dem Wege geräumt, und die Regierung kann ihren Pflichten in Ruhe nachgehen. Die Rechtsparteien haben sich zweifellos deshalb im letzten Augenblick so zurückgehalten, weil ein Sturz des Kabinetts über das Finanzprogramm für sie die höchst unangenehme Verpflichtung gebracht hätte, ihren Wählern ein neues und besseres Finanzprogramm vorzulegen. Und das Finanzprogramm ist letzten Endes für alle Parteien in Polen der wundeste Punkt, weil ja schließlich keiner positive Vorschläge für eine Gesundung der Finanzen machen kann, die wirklich einen durchschlagenden Erfolg voraussehen lassen. Aber auch die Regierung hat nicht den Standpunkt eingenommen, von dem man in den Wandelgängen des Sejm gesprochen hat. Sikorski war in der Freitagsitzung des Sejm gar nicht anwesend. Die Stellung der Vertrauensfrage und die Aufrechterhaltung seiner Forderung einer Blankovollmacht auf sechs Monate, um in dieser Zeit die Finanzreform in die Wege leiten zu können, unterblieb. Das sieht so etwa wie Angst vor der eigenen Kurage aus, aber man kann damit zufrieden sein, daß sich alles so hübsch ausgeglichen und beruhigt hat.

Die Sejmsitzung

begann bereits um 10½ Uhr. Zuerst sprach der Redner der Ruthenen, Priester Jlkow. Er verlangte Herabsetzung der Steuern in den östlichen Gebieten Polens. Nach ihm sprach Abg. Chądzyński von der Nationalen Arbeiterpartei. Er betonte, daß, je später die Finanzreform komme, um so größere Unruhe sie im Volke hervorrufen werde. Der erste Teil des Programms solle so schnell wie möglich auch gegen die Stimmen der Rechtsparteien durchgeführt werden.

Nach einer scharf ablehnenden Rede des Abg. Kwiatkowski von den Nationaldemokraten sprach der Führer der Wyzwoleniegruppe, Łypacewicz, der hauptsächlich gegen die vorgestrige Rede des ehemaligen Finanzministers Michalski polemisierte.

Als Redner der Deutschen sprach der Abg. Pietsch. Er betonte, daß das Finanzreformprojekt Grabskis auf die Bevölkerung eine nachhaltige Wirkung gehabt habe, da es sich darin um eine Lebensfrage des Staates und damit um die Lebensfrage der Volkwirtschaft handele. Der Redner ging dann zur Kritik des Projektes über und bemerkte, daß es unbegreiflich erscheine, daß man in einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren die ungemein hohe Staatsschuld durch Erhebung einer Vermögenssteuer decken wolle. Der Herr Finanzminister habe in seinem Sanierungsplan davon gesprochen, daß die neue Vermögensabgabe 600 Millionen Schweizer Franken ergeben müsse. Das sei eine kolossale Summe. Vergleicht man damit die Danina, so ergäben sich für die Danina nach dem damaligen Kurse ein Betrag von 60—70 Millionen Schweizer Franken, während die neue Vermögensabgabe das Zehnfache dieser Summe liefern soll. Schon die Danina habe sich als eine überaus schwere Belastung des Grund- und Gebäudebesitzes bei den derzeitigen imaginären Werten erwiesen. Wie werde dann eine zehnfache Belastung dieser Wertunterlagen ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens möglich sein? Die Deutschen hätten das Empfinden, als ob der Finanzminister selbst kein allzugroßes Zutrauen zu seinem Sanierungsplan habe, da er die Unterstützung der Familien der zu Waffenübungen Einberufenen den Arbeitgebern aufbürden wolle, da sonst nach seiner Meinung die Finanzsanierung gefährdet werden könne. Auch die Stellungnahme zu den vollkommen berechtigten Forderungen der Staatsangestellten wegen Regelung ihrer durchaus unzureichenden Bezüge beweise, auf wie schwachen Füßen der Finanzplan stehe, der nur auf Kosten der Angestellten das Gleichgewicht im Haushalt wahren wolle. Die weitgehenden Pläne Grabskis hörten sich zwar sehr gut an, aber es scheine doch als sicher, daß die erhofften Einkünfte mangels einer richtig funktionierenden Verwaltung imaginär bleiben dürften. Die Notwendigkeit der Erziehung eines für die Verwaltung geeigneten tüchtigen Beamtenstandes sei die notwendige Voraussetzung für die praktische Sanierung des Staates. Zum Schlusse betonte der Redner, daß die Deutschen mit ihrer ganzen Kraft am Aufbau des Staates mithelfen wollten, aber daß sie verlangen müßten, nicht als Bürger zweiter Klasse angesehen zu werden. Gleiche Pflichten verlangten auch gleiche Rechte.

Nun erlebte das Haus die Sensation des Tages: Kriegsminister Sosnkowski betrat die Rednertribüne, um gleichfalls dem ehemaligen Finanzminister Michalski zu antworten. Seine Worte und Vorwürfe waren sehr scharf. Er wies ihm im allgemeinen nach, daß alle die Vorwürfe, die er gegen das Heer und die Heeresverwaltung vorgebracht hatte, auf Verordnungen zurückgingen, die er selbst in seiner Eigenschaft als Finanzminister gutgeheißen und unterstützt hatte. Diese Tatsache, die Sosnkowski mit Dokumenten belegen konnte, wirkte im Hause außerordentlich stark und rief eine beträchtliche Erregung gegen Michalski hervor. Der nächste Redner, Abg. Diamand, griff gleichfalls die Reformpläne Grabskis an, die nach seiner Auffassung zu einem gewissen Teile auf Illusionen aufgebaut seien. Wenn Grabskis Projekt durchgehe, werde die Polenmark immer weiter fallen, und die Waren würden sich immer weiter verteuern.

Nach Diamand sprach Grabski noch einmal kurz zu seinen Reformprojekten. Er verteidigte sie nochmals gegen die Angriffe und betonte, daß die Polenmark in den letzten Tagen nicht gefallen und die Teuerung um 8 Prozent zurückgegangen sei. Man könne die Finanzen Polens nicht retten, wenn man jede Einzelheit herausgreife. Die Reformen müßten auf der ganzen Linie durchgeführt werden, und alle müßten mit gutem Willen mithelfen, die Finanzen Polens zu bessern.

Das Verhältnis zwischen Sejm und Regierung,

das schon in mehreren Ausschüssen besprochen und lebhaft kritisiert worden ist (wobei man vielfach namentlich seitens der Rechtsparteien der Regierung vorwirft, daß sie nicht genügend die Stellung des Parlaments als höchsten Ausdruckes des Volkswillens einschätze), gab auch der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses das Hauptthema. Sachlich wurde auf dieser Sitzung fast nichts vorwärts gebracht, sondern fast alle Vorlagen vertagt — weil, wie schon mehrfach vorher, weder der Innenminister (Sikorski) noch sein Vertreter anwesend waren, um Auskünfte zu geben. In dieser Sitzung wurden übrigens auch die ukrainischen und weißrussischen Anträge über das Verhalten der Behörden gegenüber der orthodoxen Kirche sämtlich vertagt.

Die Plätze der deutschen Fraktion im Sejm.

Die Frage, wo sich die Sitze der deutschen Abgeordneten im Sejm befinden sollen, ist in der letzten Woche endlich geregelt worden. Wie erinnerlich, hatte der Ältestenausschuß der Fraktion Sitze auf der äußersten Rechten zugewiesen, während die Fraktion in der Nähe der anderen, auf der Linken des Hauses untergebrachten Minderheitenfraktionen zu sitzen wünschte. Die deutsche Fraktion hatte gegen die zugewiesenen Plätze protestiert und sie niemals eingenommen, sondern sich auf freie Plätze im rückwärtigen Teile des Sitzungssaales gesetzt. Eine Reihe von Interventionen beim Sejmmarschall blieben fruchtlos, und dieser erklärte schließlich schriftlich, daß er sich angesichts der Haltung der anderen Parteien außerstande sehe, die Platzfrage der deutschen Fraktion zu regeln. Jetzt endlich ist eine neue Reihe von Sitzen auf der Linken eingerichtet worden, und dank dem Entgegenkommen der Sozialisten konnten die deutschen Abgeordneten nunmehr geeignete Plätze finden, die zwischen den Sozialistenplätzen und denen der jüdischen Fraktion liegen.

Vom Senat.

In der Freitagsitzung des Senats nahm zum Gesetz über die Änderung der Staatseinkommensteuer der Abg. Krzyżanowski als Berichterstatter das Wort. Er stellte fest, daß die Einkommensteuer in Polen im Vergleich zu den Westmächten Europas einen ganz geringen Bruchteil des Budgets ausmache. Ihre Einführung wäre ein Fehler, da weder ein entsprechender Einziehungsapparat organisiert, noch die Bevölkerung außer dem Posener Gebiet an die Entrichtung dieser Steuer gewöhnt sei. Das vom Sejm beschlossene Gesetz weise bestimmte Mängel auf. Es enthalte zum Beispiel keine Erleichterungen für Einkünfte aus Überstundenarbeit zur Nachtzeit oder an Feiertagen, wie es in Österreich der Fall gewesen sei. Der Ausschuß schlage jedoch die Annahme des Gesetzes ohne Änderungen vor, um durch die Zurückverweisung an den Sejm keine Verschleppung zu verursachen. Das Gesetz wurde darauf ohne Änderungen angenommen.

Dann wurde bezüglich des Gesetzes über die Mahngebühren und Exekutivkosten die Resolution des Finanz-Haushaltsausschusses angenommen. Das Gesetz über die Anwendung von Strafen für die Übertretung der Vorschriften der deutsch-polnischen Oberschlesien-Konvention gelangte ohne Änderungen zur Annahme.

Senator Kacpiński brachte als Endergebnis einer Interpellation eine Resolution ein, in der die Regierung aufgefordert wird, vor Erledigung des Sanierungsgesetzes hinsichtlich des Goldkoeffizienten keine Maßnahmen zu treffen und die bereits getroffenen Maßnahmen zurückzuziehen. Der Marschall teilte mit, daß nach der Geschäftsordnung eine Interpellation niemals mit einer Resolution enden könne. Die Abgg. Woźnicki und Krzyżanowski erklärten sich ebenfalls gegen die Resolution. Der Antragsteller hielt sie dann nicht mehr aufrecht.

Am Schluß der Sitzung teilte der Marschall mit, daß der Erzbischof Teodorowicz und der Bischof Sapieha ihre Mandate niedergelegt hätten.

Um das Mieterschutzgesetz.

Im Entwurf der Mieterschutzgesetznovelle, die gegenwärtig vom Justizministerium ausgearbeitet wird, sind wichtige Änderungen vorgenommen worden. Nicht die gemischten Ausschüsse aus Hausbesitzern und Mietern, sondern der Ministerrat wird jedes Halbjahr die Höhe der Mieten entsprechend dem Kurswechsel und der Erhöhung der Steuern und Abgaben festsetzen. Den Ausländern sollen die Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes nach Maßgabe der Gegenseitigkeit zugute kommen.

Die Presse in Polen in Gefahr.

Der Warschauer „Kurjer Informacyjny" bringt einen kürzlich im Krakauer „Kurjer Codzienny" erschienenen Artikel über die Gefahr, die der polnischen Presse infolge der ungeheuren Papierteuerung sowie der Herstellungskosten droht und ergänzt ihn mit der Bemerkung, falls die Einzel- und Bezugspreise in Polen mit der Teuerung nicht in Einklang gebracht werden könnten, droht den Zeitungen in Polen der Bankerott. Wie nach dem „Dz. Gd." bereits mitgeteilt wurde, sucht der Verlag der „Rzeczpospolita", die seinerzeit von Paderewski mit großem Geldaufwande begründet wurde und über eine große Auflage verfügt, einen Käufer um den Preis von einer halben Milliarde. Da sich aber kein Käufer findet, soll die „Rzeczpospolita" mit der „Gazeta Warszawska", dem Hauptorgan der Allpolen, fusioniert werden. — Es ist klar, daß für die deutschsprachige Presse Polens, die ja nur mit einer verhältnismäßig geringen Zahl von Beziehern und Einzelkäufern rechnen kann, die gegenwärtige Lage besonders prekär ist. Zieht man das in Betracht, dann muß man anerkennen, daß die deutschen Zeitungen in Polen außerordentlich billig sind.

Die jüdische Sprache im Telegrammverkehr.

Die Hauptverwaltung des Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten erhielt vom Ministerium die Mitteilung, daß die angekündigte Beratung im Ministerium in Angelegenheit der Einführung der jüdischen Sprache im Telegrammverkehr nicht stattgefunden habe. Das Ministerium stellt es sich als unmöglich vor, daß diese Neuerung praktisch anwendbar sei, selbst nicht bei Benützung des lateinischen Alphabets. Zwar seien von jüdischen Organisationen verschiedene Anträge eingelaufen, die die Einführung der jüdischen Sprache anstreben, doch hänge die Erfüllung dieser Forderungen nicht vom Post- und Telegraphenministerium ab und überschreite seine Befugnisse.

Der Austritt der Bischöfe aus dem Senat.

An die Stelle der Bischöfe Teodorowicz und Sapieha, die auf ihre Senatssitze verzichtet haben, traten der Ingenieur Adelmann und der Landwirt Grützmacher.

Die Beschränkung der Zahl jüdischer Studierender.

Die juristische Fakultät der Jagellonischen Universität in Krakau hat einen Beschluß gefaßt, in dem sie sich für Einführung des numerus clausus erklärt.

Deutschenhaß und Deutschenfurcht.

Es wurde vor kurzem schon einmal an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß in der letzten Zeit wieder häufiger Aufsätze und Notizen deutschfeindlichen Charakters in der polnischen Presse erscheinen. Daß solche Auslassungen, wie neulich schon gezeigt wurde, zum Teil die Aeußerungen der in Polen erscheinenden deutschen Blätter über die Vorgänge im Ruhrgebiet als Anlaß oder als Vorwand für ihre Angriffe auf das Deutschtum in Polen verwenden, ist nicht ganz ohne Belang. Zu beachten ist, daß in der allerletzten Zeit zu den Aeußerungen des Deutschenhasses in auffälliger Weise Aeußerungen der Deutschenfurcht sich gesellen, — nämlich der Furcht, daß Deutschland trotz allem eines schönen Tages zum Schwert greifen und mit bewaffneter Hand für seine Ehre, seine Freiheit, sein wirtschaftliches Dasein und für das Leben seiner Söhne und seiner Töchter eintreten könnte: In diesem Fall — so wird dann gewöhnlich der Teufel an die Wand gemalt — würden die in Polen lebenden Deutschen eine schwere Gefahr für den polnischen Staat bedeuten.

Unter den am 6. März (mit dem Datum des 7. März) erschienenen polnischen Zeitungen sind allein schon drei, die in längeren Aufsätzen solche oder ähnliche Gedanken mehr oder weniger deutlich und mehr oder weniger wirkungsvoll aussprechen: Der „Kurjer Poznański" bringt einen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Niebezpieczeństwo niemieckie" („Die deutsche Gefahr"), die „Gazeta Poznańska" überschreibt ihren Leitaufsatz „Tajemna robota niemiecka" („Die geheime deutsche Arbeit"), dem „Dziennik Poznański" gibt sein „Sieg" vor dem Bromberger Kreisgericht Anlaß zu weitläufigen Betrachtungen über die deutsche Gefahr im allgemeinen und die von seiten des Deutschtumsbundes und der Herren Naumann und Graebe drohende Gefahr im besonderen. Und drei Tage vorher hatte Herr K. K—ski (Kier-ki?) in demselben „Dziennik Poznański" sich über diese Dinge verbreitet und sich darüber entrüstet, daß der polnische Staat sich gegenüber den Deutschen in Polen auf den Standpunkt des formellen Rechtes stelle: Niestety rząd polski stanął na gruncie formalnym, ściśle prawnym. „Dziennik Pozn." Nr. 51: „Kolonizacja niemiecka" — der polnische Staat müßte alles tun, um in kürzester Zeit so viele Deutsche als nur irgend möglich aus Polen fortzuschaffen und damit die deutsche Gefahr so radikal wie möglich zu beseitigen.

Die deutsche Gefahr? Richtiger: Die französische Gefahr.

Es ist doch klar, daß die Hinweise auf die Möglichkeit eines kriegerischen Auftretens Deutschlands ein Widerhall sind dessen, was im Ruhrgebiet geschieht. Das heißt also: eine Folge des Vorgehens der Franzosen, zugleich eine Folge der Tatsache, daß Frankreich Polen, wie wir seinerzeit mitteilten, an seine vertraglichen Verpflichtungen und seine Dankbarkeitspflichten ihm, Frankreich, gegenüber, erinnerte. Mit anderen Worten: Frankreich rechnete mit der Möglichkeit, daß Deutschland sich wehren würde, und es wollte sich für diesen Fall eine Hilfe sichern. Daß ihm weder England noch ein anderer seiner früheren Bundesgenossen jetzt, nach seinen Taten in Deutschland, helfen würde, dieses zu Boden geprügelte Deutschland noch einmal zu prügeln, wurde Frankreich selbst mit jedem Tage klarer. Es blieb ihm nur ein Bundesgenosse: Polen. Polen aber mußte damit rechnen, daß, wenn es sich dazu hergäbe, Frankreich in einem Kampfe gegen Deutschland als Waffengenosse zur Seite zu stehen, es für sich damit eine Gefahr von einer anderen Seite heraufbeschwören würde: Die Gefahr von Osten.

Man kann das garnicht scharf genug ausdrücken: Nicht in Deutschland liegt die Kriegsgefahr, sondern Polen selbst beschwört diese Gefahr herauf in dem Augenblick, in dem es zum ersten Male die praktischen militärpolitischen Konsequenzen aus der Theorie seines Bündnisses mit Frankreich und seiner Dankbarkeitsgefühle für Frankreich zieht. So kann unter keinen Umständen bestritten werden, daß der eigentliche Grund der Kriegsgefahr Frankreich ist. Ist das aber so, dann ergibt sich, daß diese Kriegsgefahr nicht nur ein Ausfluß der gegenwärtigen Lage, eine Eintagserscheinung ist, sondern eine dauernde Bedrohung, eine unheimliche schwarze Gewitterwolke, die immer über Polen hängen wird, solange ein isoliertes Frankreich die Politik treiben wird, die es jetzt treibt, und solange Polen sich zum Gesinnungsgenossen dieser Politik macht und sich dadurch auch gegenüber allen anderen Mächten Europas isoliert.

Daraus aber folgt, wie die jetzt in der polnischen Presse zum Ausdruck kommende Deutschenfurcht zu bewerten ist. Daß die deutsche Minderheit in Polen je eine Gefahr für den polnischen Staat darstellen könnte, ist eine völlig aus der Luft gegriffene, durch nichts bewiesene und völlig unbeweisbare Behauptung. Wenn aber die Behauptung von der Gefährlichkeit der Deutschen in Polen berechtigt wäre, dann wäre diese Gefahr nur die Folge der eigenen Politik Polens, das heißt eine Folge der französischen Gefahr. Das von Frankreich bedrohte Deutschland hat nicht das geringste Interesse daran, gegen Polen kriegerisch aufzutreten, und für die Deutschen in Polen

gibt es wichtigere Ziele als die Gefährdung des polnischen Staates, der, wenn er seine Mission richtig erfaßt, ein wertvolles Mitglied der europäischen Staatenfamilie werden kann.

Die französische Gefahr für Polen hat vor kurzem einer der deutschen Sejmabgeordneten, der Vertreter des Teschener Gebiets, Herr Robert Pietsch, in der in Bielitz erscheinenden „Ostschlesischen Deutschen Zeitung" mit treffenden Worten gekennzeichnet:

„Polens Bündnis ist für Frankreich ein größerer Gewinn als für Polen. Ja, wir Deutschen behaupten, daß das polnisch-französische Bündnis unseren jungen Staat zu großen Aufwendungen für Rüstungszwecke zwingt, die hervorragend unser finanzielles Gleichgewicht erschüttern. Aber auch in anderer Hinsicht ist das Bündnis Frankreichs mit Polen für die Franzosen ein großer Gewinn. Polen ist ein Betätigungsfeld für das französische Wirtschaftsleben, das sehr gut versteht, Polens Reichtümer an Bodenschätzen für seine Kapitalisten dienstbar zu machen, um uns dafür seine Luxusartikel, Weine und kosmetischen Artikel zu entsprechenden Preisen zu liefern. Während andere Staaten in richtiger Erkenntnis die Einfuhr von überflüssigen Dingen verbieten um die Handelsbilanz nicht ungünstig zu beeinflussen, ist es bei uns umgekehrt. Vom reinpolnischen Interessenstandpunkt sind wir Deutschen der Überzeugung, daß Polen durch seinen westlichen Verbündeten tüchtig ausgenutzt wird, ihm also keinen Dank schuldet.

Polen braucht zu seinem staatlichen Aufbau Ruhe und Frieden. Das Bündnis mit dem imperialistischen Freunde bedroht unseren Staat fortwährend mit kriegerischen Verwickelungen. Das französische Ruhr-Abenteuer wirkt auf unser Wirtschaftsleben in ungünstiger Weise ein und führte einen Sturz unserer Währung herbei. Der genesende Staatsorganismus wird dadurch wieder in neues Fieber getrieben. Nicht Haß gegen Frankreich, sondern die vernünftige Erwägung führt uns Deutsche dazu, die Politik des Außenministeriums, deren Mittelpunkt das Bündnis mit Frankreich ist, zu mißbilligen. Polen braucht den Frieden. Dieser ist solange bedroht, als der polnische Staat nicht zu einem freundschaftlichen Verhältnis mit seinen Nachbarn im Osten und im Westen kommt. Die derzeitige Außenpolitik beruht auf einer Täuschung. Wir glauben sicher zu sein, wenn wir Frankreich zum Freunde haben. Wie schnell kann aber der Moment da sein, da unser Bündnisstaat selbst in eine schwere Lage kommt? Wer soll uns dann gegen unsere Gegner schützen, die wir uns durch unsere einseitige Politik geschaffen haben?"

Die Deutschenfurcht, die sich jetzt in polnischen Blättern gewisser Richtung breit macht, ist nichts anderes als eine Folge der französischen Gefahr. Schwindet diese Gefahr — und ihr Schwinden herbeizuführen, liegt in der Hand Polens — dann schwindet auch für Polen jeder Anlaß zur Deutschenfurcht. Und der Deutschenhaß? Sollte wirklich das polnische Volk, das wirkliche Volk, imstande sein, einen friedlichen und wirtschaftlich nützlichen und notwendigen Nachbar zu hassen? Das wirkliche polnische Volk, der „einfache" polnische Mann, wenn er nicht von irgend einer Seite künstlich beeinflußt ist, wenn nicht von irgend einer Seite der Haß in ihm künstlich erzeugt und genährt wird, kennt einen Deutschenhaß ebensowenig, wie das wirkliche deutsche Volk, wo nicht bestimmte Anlässe die Milch seiner Denkart in gärend Drachengift verwandelt haben, einen Polenhaß kennt.

*

Die deutschen Ansiedler.

In der Freitagsnummer des „Kurjer Pozn." beschäftigt sich ein Leitaufsatz wieder einmal mit den deutschen Ansiedlern („O kolonistów niemieckich"). Den Anlaß dazu gibt die Sitzung des Sejmausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in der Herr Askenazy Bericht erstattete und von einigen Abgeordneten scharf angegriffen wurde (vergl. „Pos. Tagebl." Nr. 55). Der „Kurjer" schreibt:

„Wir wollen hier von Vorwürfen und Zweifeln geringerer Bedeutung absehen, aber dafür auf einen wesentlichen Vorwurf hinweisen, der vom Abgeordneten Kozicki und anderen Abgeordneten erhoben worden ist, nämlich den Vorwurf, daß der polnische Delegierte beim Völkerbund die Kompetenz des Völkerbundes nicht zur rechten Zeit, d. h. nicht in dem Augenblick, als die Ansiedlerfrage vor das Forum des Völkerbundes kam, angezweifelt hat. Der Delegierte unterließ dies nicht aus Unachtsamkeit oder aus Vergeßlichkeit; denn er wußte, daß der Völkerbund eine solche Kompetenz nicht besitzt, sondern deshalb, weil er es für unangezeigt hielt. Erst am 7. Dezember schickte Minister Narutowicz eine Note ab, in der er die Kompetenz des Völkerbundes, sich mit jener Frage zu befassen, in Zweifel zog. Das geschah sehr spät, und man kann befürchten, vielleicht zu spät. Aber die Sache ist ganz klar und einfach. Artikel 12 des Vertrages von den Minderheiten sagt klar und deutlich folgendes: „Polen ist damit einverstanden, daß jedes Mitglied des Völkerbundsrates das Recht hat, den Rat auf jede Übertretungen oder die Gefahr der Übertretung einer dieser Verpflichtungen aufmerksam zu machen, und daß der Rat dann in einer Weise verfährt und Anweisungen gibt, die er als unter den gegebenen Umständen angemessen und wirksam erachtet." In der Tat hat sich im Völkerbund folgendes Verfahren herausgebildet: Das Sekretariat verschickt sämtliche Beschwerden, die bei ihm einlaufen, an alle zum Völkerbund gehörige Staaten. Die Angelegenheit der Ansiedler übernahm der Dreierausschuß (Hymans, Imperiali und Ischii), der sich mit Minderheitsfragen beschäftigte. Dieser brachte sie auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates. Das mußte man und konnte man verhindern. Und das tat Herr Askenazy nicht. Er trägt die ganze Verantwortung. So hat denn der Abg. Kozicki mit Recht darauf hingewiesen, daß das Verhalten des Herrn Askenazy der Ausdruck der von der polnischen Regierung auf der Völkerbundsarena angewandten politischen Methode ist. Es ist ganz natürlich, daß die polnische Politik gegenüber den Deutschen vom Gesichtspunkt der Bedürfnisse einer politischen Aktion auf dem Boden des Völkerbundes aus getrieben wird. — Endlich muß betont werden, daß sämtliche polnische Regierungen im Laufe der vier Jahre des Bestehens des polnischen Staates das Problem des Deutschtums in Westpolen nicht richtig eingeschätzt haben. Der Wille der polnischen Regierungen war nicht nach der Richtung hin konzentriert, daß die durch den Versailler Vertrag Polen gegebenen Berechtigungen strikt bis zum äußersten ausgeschöpft wurden. Herr Askenazy hat gesagt, daß die Regierungsfaktoren in Großpolen die durch den Versailler Vertrag verliehenen Rechte nicht in geeigneter Zeit ausgenutzt haben. In Posen ist aber jedem sehr wohl bekannt, daß alle hier gemachten Bemühungen, die Liquidierung des Landbesitzes im ehemals preußischen Teilgebiet zu beschleunigen, auf unaufhörliche Schwierigkeiten bei der Zentralregierung stießen. Wären nicht diese Schwierigkeiten gewesen, dann wäre die Liquidierung des deutschen Besitzes schon sehr weit gediehen. Es ist höchste Zeit, daß man die Liquidierung ernst in die Hand nimmt. Dazu ist ein fester Entschluß der Regierung notwendig, und dann muß alles getan werden, was nötig ist, um die Liquidierung durchzuführen. Hier muß an die erste Stelle gesetzt werden: Bessere Besoldung im Liquidationsamt, Regelung der Verhältnisse im Posener Landamt und die Anweisung entsprechender Kredite für die Durchführung der Liquidation."

Hier wird also, wenn wir die nicht ganz klaren Auslassungen des „Kurjer Pozn." richtig verstehen, Herrn Askenazy der Vorwurf gemacht, daß er nicht von der Stelle des Art. 12 des Minderheitenschutzvertrages Gebrauch gemacht hat, die von dem Recht der Mitglieder des Völkerbundsrates handelt „jede Uebertretung oder die Gefahr einer Uebertretung irgend einer dieser Verpflichtungen zur Kenntnis des Völkerbundsrates zu bringen." Es fragt sich: welche Uebertretung und wessen Uebertretung meint der „Kurjer Pozn."? Wir haben keinen Anlaß, den Vertreter Polens im Völkerbund vor seinen jetzigen polnischen Kritikern und Angreifern zu verteidigen, aber es will uns scheinen, daß Herr Askenazy, als er es unterließ, einen völlig aussichtslosen Einwand zu machen, klüger war als sein Kritiker im „Kurjer Poznański".

Die Ansiedlerfrage vor dem internationalen Schiedsgerichtshof.

Das Völkerbundssekretariat hat dem Haager internationalen Schiedsgerichtshof ein Dossier über die Frage der deutschen Ansiedler in Polen übersandt und den Schiedsgerichtshof um sein Gutachten gebeten. Das Dossier enthält eine Darstellung des ganzen bisherigen Verlaufes der Angelegenheit.

Aus Verhandlungsstädten.

In Posen

fanden am 6. und 7. März deutsch-polnische Grenzberatungen statt, deren Zweck die Festsetzung von Grenzübergangspunkten und Zollstraßen war. Die Verhandlungen sollen zu einer Verständigung geführt haben, deren Einzelheiten demnächst veröffentlicht werden sollen.

Aus Dresden

ist Minister Olszowski in Warschau eingetroffen, um der Regierung und dem Sejm über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen zu berichten.

Nach Paris

soll angeblich demnächst Außenminister Skrzyński aus Warschau abreisen, um Polens Ansprüche in der Frage der Ostgrenze zu vertreten. Der „Kurjer Pozn.", dem wir diese Nachricht entnehmen fügt ihr die Bemerkung hinzu: „Diese Nachricht, die in offiziellen Kreisen nicht bestätigt wird, hat große Beunruhigung hervorgerufen, da Skrzyński die in Frage stehende Angelegenheit nur verderben könnte."

Aus der polnischen Volkspartei.

Von der Wyzwoleniegruppe.

Wie vor kurzem schon gemeldet wurde, fanden in Krakau Besprechungen zwischen Vertretern der verschiedenen Bauernparteien zum Zweck eines Zusammenschlusses der bäuerlichen Gruppen statt. An den Besprechungen nahmen Führer der „Wyzwolenie"- und der Stapińskigruppe teil. Letztere hatte im ersten Sejm 11, jetzt 2 als „Wilde" eingetragene Vertreter; die Wyzwolenie zählte im verfassunggebenden Sejm 24 Abgeordnete, im jetzigen hat sie 48 und im Senat 8. In Krakau wurde beschlossen, die Stapińskigruppe, die offiziell „P. S. L. Lewica" heißt, mit der Wyzwoleniepartei zu vereinigen und die Gesamtpartei „Polnische Volkspartei Wyzwolenie" zu nennen. Faktisch ist also die Stapińskigruppe in die Wyzwoleniepartei verschmolzen worden. Damit sind zwar nicht alle Bauernparteien vereinigt, wohl aber deren grundsätzlich „links" orientierte Gruppen, denen nunmehr die Witossche Volkspartei als „Mittelpartei" gegenübersteht. Der Zusammenschluß in Krakau ist eine Rückbildung, wenn man es historisch ansieht; denn sowohl die Stapińskigruppe wie die Wyzwolenie bildeten anfangs im verfassunggebenden Sejm eine gemeinsame Partei zusammen mit den Witosleuten, die damals unter dem bei Witos verbliebenen Namen „Polnische Volkspartei" ca. 130 Abgeordnete zählte. Stapiński trat mit seinen Anhängern Ende 1919 aus der Witospartei aus, die Wyzwolenie folgte Anfang 1920. Sieht man von der Fraktionsgruppierung im Sejm ab, so zeigt die Parteigeschichte der eben genannten Fraktionen die Zusammenhänge etwas anders: die Stapińskigruppe und die Witospartei waren ursprünglich eine Partei, die „galizische Bauernpartei", die in den neunziger Jahren gegründet wurde. In dieser entwickelte sich ein „Linksflügel" unter Stapiński in immer schärferem Gegensatz zur Mehrheit — die Trennung erfolgte aber erst 1919 im Sejm. Dagegen ist die Wyzwoleniepartei bis zur gemeinsamen Fraktionsbildung mit der galizischen Bauernpartei (Anfang 1919 bis Anfang 1920) getrennte Wege gegangen, denn sie ist in Kongreßpolen heimisch, wo sie 1915 zur Zeit der deutschen Okupation, aus einer ganzen Reihe in russischer Zeit erstandener Bauernbünde gegründet wurde.

(Der sachlichen Richtigkeit halber ist hier immer von der Stapińskigruppe die Rede, um die es sich handelt; dabei ist jedoch zu bemerken, daß Stapiński selbst in Krakau nicht beteiligt war, sondern die Verhandlungen wurden von Putek geführt. Letzterer hat sich schon seit den Wahlen der Wyzwolenie angeschlossen, hat aber faktisch die Organisationen der Stapińskipartei in der Hand; durch sein jetziges Vorgehen dürfte er Stapiński gänzlich ausgeschaltet haben.)

Von der Witospartei.

Von den Spannungen innerhalb der Witospartei wird berichtet, daß der Gegensatz zwischen dem rechten Flügel (Witos) und dem linken (Dąbski) schon so scharf geworden ist, daß man trotz aller parteioffiziösen Dementis zumindest von Spaltungsmöglichkeiten sprechen kann. Nachdem kürzlich der Warschauer Kreistag der Partei sein Vertrauen zur Politik Dąbskis in einer Resolution niedergelegt hatte, hat soeben ein Kreistag der Partei in Kielce eine Resolution angenommen, die besagt, man habe volles Vertrauen zur Witosschen Politik und man wünsche die Anknüpfung von Verhandlungen mit polnischen Parteien, um eine beständige Sejmmehrheit zustande zu bringen. Diese Resolution liegt also im Gegensatz zu der Warschauer in der Richtung der Witos-Korfanty-Verhandlungen. Ferner aber ist interessant, daß eine Zeitschrift der Partei („Piast"), die Witos besonders nahesteht, soeben die Wyzwoleniepartei sehr heftig attackiert — während ein anderes Parteiblatt („Gazeta Ludowa"), das Dąbski nahesteht, den Rechtsblock angreift und ein Zusammengehen mit der Wyzwoleniepartei empfiehlt.

Der Wert des Złoty.

Der Direktor des Kreditdepartements im Finanzministerium, Statkiewicz, hat einem Vertreter der Agencja Wschodnia folgende Mitteilungen über den Wert des polnischen Guldens gemacht: Nach dem Gesetz ist der Wert des polnischen Guldens gleich ein Dreihundertstel Kilogramm Gold (Probe 900). Aber unabhängig von der Metallmenge, die in den künftigen Goldmünzen enthalten sein soll, kann der Kurs des Złoty im Vergleich zu Auslandsvaluten in engeren oder weiteren Grenzen schwanken, so wie vor dem Kriege, und dadurch den Zustrom oder das Abströmen des polnischen Guldens in das Land oder aus dem Lande verursachen. Außer dem Goldwert des künftigen polnischen Geldes wird also auch der Wechselkurswert bezüglich der Auslandsvaluten bestehen. Der Złoty wird nach dem Plan des Ministers Grabski vorläufig als theoretische Einheit eingeführt, also kann auch sein Kurs nur theoretisch sein. Die Grundlage eines solchen Kurses für die Goldanleihe und die gegenwärtig projektierten Goldschatzscheine soll der Kurs des französischen Franken sein. Diese Art der Guldenberechnung soll bei allen Verpflichtungen langfristigen Charakters angewandt werden. Im Sanierungsgesetz ist aber eine andere Art der Berechnung des polnischen Guldens vorgesehen. Das hat man deshalb gemacht, weil unvorhergesehene Schwankungen der Börsenkurse des Franken den Kurs des polnischen Guldens nachteilig beeinflussen würden, was durch den Wechsel in der Kaufkraft der polnischen Mark nicht gerechtfertigt wäre. Deshalb ist es angebracht, für die laufenden und nicht langfristigen Goldtransaktionen den Grundsatz eines Kurses aufzustellen, der auf einer bestimmten Höhe der Großhandelspreise und nicht auf den Kurs des Franken gestützt wäre. Auf diese Weise hätten wir zweierlei Kurse des Złoty, die sich immer mehr einander nähern und nach einer bestimmten Zeit in einen einzigen Kurs verschmelzen würden.

Die Unterstützung der Konsumvereine gegen die Teuerung.

In der letzten Sitzung des Ministerrates wurde beschlossen, daß das Finanzministerium ermächtigt werden soll, im Budget eine Position „Fonds zur Besserung der Wirtschaftsverhältnisse" in Höhe von 25 Milliarden zu eröffnen. Diese Summe ist als Vorschuß für die vom außerordentlichen Kommissar zur Bekämpfung der Teuerung geforderten Kredite für die Stärkung der Umsatzkapitalien der Kooperativen und für die Getreideeinkaufsaktion gedacht: 5 Milliarden für die Kooperativen und 20 Milliarden für die vorbereitete Warenkreditaktion. Bezüglich der Kredite für die Lebensmittelkooperativen wurde als Grundsatz aufgestellt, daß Genossenschaften, die lokalen Charakter tragen, bei den assignierten Krediten keine Berücksichtigung finden werden. Verbrauchergenossenschaften, deren Tätigkeit nicht auf eine Ortschaft beschränkt ist, sollen in den Genuß der Kredite kommen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Besetzung eines weiteren Rheinhafens bei Mannheim.

Nach „W. T. B." haben die Franzosen am Donnerstag nachmittag in Stärke von 120 bis 130 Mann den Rhein bei Rheinfähre überschritten. Sie besetzten den Hafen von Rheinau, einer Vorstadt von Mannheim und gehen gegen Rheinau selbst vor.

Die Lage in Wiesbaden.

Der gesamte Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetrieb ruht in Wiesbaden immer noch völlig. Nachdem die Franzosen die Zahl der leitenden Beamten der Regierung durch die Ausweisungen stark reduziert haben, fangen sie jetzt bei den mittleren Beamten an. In den letzten Tagen wurden zwei Obersekretäre zu den Delegierten bestellt, um sich zur Frage der Mitarbeit bei der Durchführung der neuen Ordonnanzen zu äußern. Der Widerstand, den die Franzosen bisher bei der Wiesbadener Regierung gefunden haben, wird auch von allen nachgeordneten Beamten geleistet werden. Wie es heißt, soll in dieser Woche auch an die Lehrer (!) diese Frage gestellt werden.

Mord und Mißhandlung von Schutzpolizisten.

In Oberhausen hat sich nach W. T. B. eine schwere Bluttat ereignet. Nachdem zwei französische Soldaten ohne ersichtlichen Grund deutsche Zivilisten, die nachts auf den Straßenbahnwagen warteten, mit Bajonett und Pistole bedroht hatten, wandten sie sich gegen zwei diensttuende Schutzpolizeibeamte. Diese wollten sich, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, entfernen. Die Franzosen, die inzwischen vier Mann Verstärkung erhalten hatten, verfolgten die Beamten, die auf ihre Halterufe sofort stehen blieben.

Einer der Franzosen setzte einem der deutschen Beamten das Seitengewehr auf die Brust, das der Angegriffene jedoch zur Seite stieß. Dann flüchtete der Beamte und wurde von den Franzosen auf fünf Schritt erschossen. Der zweite Polizeibeamte wurde mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen und schwer verletzt.

Ferner wurden drei Polizeibeamte ohne jeden Grund verhaftet und zur Wache geschleppt. Dort wurden sie auf die grausamste Weise durch Faustschläge ins Gesicht und Fußtritte mißhandelt. Ihre Freilassung erfolgte erst am andern Vormittag.

Von den seinerzeit in Bochum festgenommenen Polizeibeamten, die bekanntlich sämtlich ausgewiesen worden sind, werden noch fünf von den Franzosen festgehalten. Man nimmt auf Grund der bisherigen Erfahrungen an, daß die Beamten bei den Mißhandlungen durch die französischen Soldaten derart zugerichtet worden sind, daß man sie noch nicht der Öffentlichkeit vorzuführen wagt.

Belgische Roheiten.

In Gladbeck sind nach der „D. Allg. Ztg." in der Zeit vom 2. bis 5. März nicht weniger als neun Fälle schwerer Mißhandlung Deutscher durch belgische Besatzungsangehörige bekannt geworden. In einem Falle wurde ein Zollassistent, der sich nach dem Verbleib eines Verhafteten erkundigen wollte, auf der Polizeiwache im Rathause von den Belgiern mit dem Bajonett bedroht, mit dem Kolben gestoßen und sodann mit dem Gesicht lange Zeit an die Wand gestellt. Unter Fußtritten und Mißhandlungen zwang man ihn, den Raum auszufegen und die beschmutzten Abortanlagen mit den Händen zu reinigen. Nachdem ihm noch ein paar Fußtritte gegeben worden waren, wurde ihm ein silbernes Zigarettenetui abgenommen und er wurde dann entlassen. Auch in den weiter bekannten Fällen handelt es sich um ähnliche rohe Mißhandlungen.

Französische Eisenbahner in deutschen Uniformen.

Aus Mainz geht die Meldung ein, daß aus den auf dem Bahnhof befindlichen Packwagen u. a. auch Uniformstücke von den Soldaten herausgeholt und weggeschafft worden sind. Auch in Düren sind die Spinde in den Aufenthaltsräumen der Eisenbahnarbeiter erbrochen und die darin befindlichen Arbeits- und Uniformkleider durch Franzosen weggeschafft worden. Diese Nachricht erklärt das Erscheinen von Eisenbahnern auf den Bahnkörpern. Französische Eisenbahner sind nämlich in die deutschen Uniformen gesteckt worden, um dem Publikum und deutschen Eisenbahnbeamten vorzutäuschen, daß deutsche Eisenbahnbeamte sich in fremde Dienste gestellt hätten. In Trier haben die Franzosen das ganze Kleiderlager von vielen Tausenden von Uniformstücken beschlagnahmt. Sie werden denselben Gebrauch davon machen wollen wie von den aus den Spinden in Düren und Mainz entwendeten Uniformstücken.

Die Genugtuung für den Essener Raubskandal.

Nachdem in der Presse bekannt gemacht geworden war, daß denjenigen Personen, die von französischen Besatzungstruppen beraubt worden sind, Gelegenheit gegeben werden sollte, ihre Anliegen der Prüfungskommission der Besatzungsbehörde gegenüber selbst anzubringen, haben sich am Nachmittag des 8. März beim Besatzungsamte Essen etwa 60 (!) Personen eingefunden. Zum Teil hatten die beschädigten Bürger Zeugen gleich mitgebracht. Eine große Anzahl der Erschienenen wurde aufgefordert, bei späterer Aufforderung wieder zu erscheinen. Zu zuerst Erschienenen wurden durch Beamte des Besatzungsamtes zur französischen Gendarmerie nach Bredeney gebracht und haben dort in Gegenwart von Dolmetschern des städtischen Besatzungsamtes und eines deutschen Rechtsanwaltes, der der französischen Sprache mächtig ist

und sich für die Verhandlungen zur Verfügung gestellt hatte, ihre Angaben gemacht. Bisher ist der Tatbestand auf das eingehendste aufgenommen worden. Französische Gendarmen haben sich über die Aussagen der Bürger in deutscher Sprache Niederschriften angefertigt. In den nächsten Tagen werden weitere beraubte Personen aufgefordert werden, ihre Anzeigen bei der französischen Besatzungsbehörde zu machen.

Militärische Verschwendung.

In der zweiten Denkschrift des Reichsschatzministeriums vom 1. Mai 1922 waren die Kosten für die Anlage des neuen französischen Divisionsübungsplatzes Ludwigswinkel in der Rheinpfalz mit 200 Millionen Mark angegeben. Dieser Betrag hat sich, wie der „Dt. Allg. Ztg." geschrieben wird, als viel zu niedrig erwiesen. Die Anlagekosten sollen vielmehr die Höhe von mindestens anderthalb Milliarden Mark erreichen. In dieser Summe sind die Entschädigungsansprüche der bayerischen Forstverwaltung und der in Mitleidenschaft gezogenen übrigen Grundstückseigentümer, die auch noch ungeheure Summen verschlingen werden, nicht mitenthalten.

Appell der rheinischen Bischöfe.

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. Schulte, der Bischof von Münster, Johannes, und der Bischof von Paderborn, Kaspar, deren Diözesen im besetzten Rheinland und Ruhrgebiet sich befinden, hatten sich zu einer Beratung über die im Einbruchsgebiet um sich greifende Not zusammengefunden. Als Niederschlag dieser Beratung haben sie einen Appell an das Ausland gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Wir können, wie auch immer wir die völkerrechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse überdenken, den Machthabern in Frankreich und Belgien nicht zugestehen, daß angesichts der bisherigen deutschen Reparationsleistungen einige im Vergleich zum Ganzen geringfügige Rückstände in den deutschen Monatsleistungen ihnen das Recht geben, jene furchtbaren Maßnahmen zu ergreifen, unter denen wir mit unseren Diözesanen jetzt am unmittelbarsten zu leiden haben. Wir können nicht anerkennen, daß die feindlichen Okkupationsbehörden das Recht besitzen sollen, die Bewohner unserer Diözesen mitten im Frieden gegen ihre rechtmäßige Obrigkeit zum Ungehorsam und zur Untreue, ja zum Landesverrat zu zwingen, ehrenwerte Männer wie gemeine Verbrecher zu behandeln und mit Verbannung, Kerker und Fesselung in Ketten gegen sie vorzugehen. Wir Bischöfe erklären schmerzbewegt, daß solche im Namen einer Friedensaktion getroffenen Maßregeln eine neue tiefe Kluft zwischen den Völkern schaffen und unsere gequälten Volksgenossen bis zum äußersten zu reizen, ja zu Verzweiflungstaten herauszufordern, geeignet sind."

Die Verkehrsstörungen zwischen Deutschland und der Schweiz.

Der Güterverkehr von der Schweiz nach Deutschland, mit Ausnahme derjenigen Stationen, die überhaupt gestört sind, ist am Mittwoch wieder zugelassen. Dagegen bleibt die Gütersperre von Deutschland nach der Schweiz noch aufrechterhalten.

Da infolge der französischen Absperrungsmaßregeln auch die von den schweizerischen Bundesbahnen im Ruhrgebiet mit Deutschland abgeschlossenen Verträge nicht ausgeführt werden können und Material nicht geliefert wird, ist der Vorstand der schweizerischen Sekundärbahnen beim Bundesrat vorstellig geworden mit dem Ersuchen, auf diplomatischem Wege zugunsten der ungehinderten Durchführung der Lieferungsverträge zu intervenieren.

Was den Kohlen- und Koksbedarf der Schweiz betrifft, so hat sie infolge des Ausfalles aus dem Ruhrgebiet Bestellungen in England getätigt, die seit letzter Woche im Anrollen sind. Der Bezug von Saarkohle ist durch den anhaltenden Streik stark zurückgegangen und betrug in der zweiten Hälfte des Februar nur noch 1200 Tonnen, gegen 21 000 Tonnen in der zweiten Hälfte des Januar. Auch die Zufuhr von Braunkohlen und Briketts hat infolge der großen Verkehrsschwierigkeiten in Deutschland stark nachgelassen.

Frankreich und England.

Die Lage Frankreichs nach einer Prager Darstellung.

Der Pariser Berichterstatter der nationaldemokratischen, franzosenfreundlichen Prager Zeitung „Lidove Noviny", der über ausgezeichnete diplomatische Beziehungen verfügt, schildert die Stimmung maßgebender Pariser Kreise und des französischen Volkes in recht düsterer Weise. Es sei ein Glück gewesen, daß Deutschland nicht sofort nach dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet kapituliert habe und auch jetzt noch nicht seelisch erschöpft sei, denn hätte sich Deutschland zu Verhandlungen bereit erklärt, so wäre Poincaré in der größten Verlegenheit, zu sagen, was er eigentlich wolle. Das Anziehen der Schraube sei nicht etwa die Folge einer wohlüberlegten Aktion, sondern eben ein Kind jener Verlegenheit, und solche Kinder seien auch die verschiedenen Dekrete und ihre ständigen Abänderungen. Ein anderes schlimmes Zeichen für die Situation sei das schwindende Interesse der französischen Öffentlichkeit, die eine sofortige Lösung durch Kapitulation Deutschlands erwartet habe. Statt dessen sei jedoch eine Verwässerung der Aktion gekommen, die nicht gerade einen taktischen Erfolg Poincarés bedeute. Das Peinlichste sei, daß Frankreich und Belgien die Ruhrbesetzung selbst würden bezahlen müssen. Bonar Law habe dies beiden Staaten deutlich zu verstehen gegeben. Die Reparationskasse könne zur Deckung der Kosten nicht herangezogen werden, denn die Kasse gehöre allen Alliierten. Dazu komme das interalliierte Übereinkommen, das die Höhe der Besetzungskosten ein- für allemal festsetze.

Französisches Beileid.

Präsident Millerand und Ministerpräsident Poincaré ließen dem deutschen Geschäftsträger ihr Beileid zum Ableben des deutschen Botschafters Dr. Mayer ausdrücken. Sonstige Beileidskundgebungen erfolgten durch Einzeichnung in die von der Botschaft aufgelegte Trauerliste.

Eine scharfe Rede Lord Cecils.

Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede in Stevenage, die Zeit sei für England gekommen, zu Frankreich zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Wir können Euch bis zu einem gewissen Punkt unterstützen, wir können es uns aber nicht leisten, ganz Europa in Verwirrung stürzen zu lassen für irgend eine Sache, so gerecht sie auch sein mag. Wir und das Volk dieses Landes sind vor allem für Frieden, und wir müssen Frieden haben, was auch immer die Folge sein mag.

Lord Robert Cecil gab der Überzeugung Ausdruck, daß dies die Aktion sein werde, die die Regierung unternehmen werde, wenn sie eine gute Gelegenheit dafür sehe. Die Regierung müsse es jedoch tun in einer Weise, die mit der Freundschaft und im Wohlwollen mit den französischen Alliierten vereinbar sei. Je früher man diese Fragen an den Völkerbund (!) verweise, um so wahrscheinlicher werde man ein endgültiges und befriedigendes Ergebnis erzielen.

Ungeduld Englands wegen der Abtrennung Kölns.

Die „Times" sind außerordentlich beunruhigt über die letzte Entwickelung der Ruhrbesetzung, durch die Köln vollkommen von dem unbesetzten Deutschland abgeschnitten worden ist. Köln, schreibt das Blatt, ist ein Symbol für die britischen Interessen in den europäischen Angelegenheiten geworden. Die Stellung der englischen Garnison dort ist ein sehr ernstes Problem. Ihre Lage wird als ausschlaggebend betrachtet für die englische Politik in einer großen europäischen Krise. Die Regierung hat von Anfang an ihre Mißbilligung über das Vorrücken in das Ruhrgebiet zum Ausdruck gebracht und hat es in der Praxis für notwendig erachtet, sich selbst von allen Maßnahmen der Franzosen seit ihrem Vorrücken fern zu halten. Das Resultat ist bemerkenswert. Köln, ein großes wirtschaftliches und industrielles Zentrum, das durch tausend Adern mit allen umliegenden Gebieten verbunden ist, ist nunmehr faktisch von seinem Nährboden abgeschnitten. Diese Lage bedeutet eine schwere Belastung der englischen Geduld.

Die Notwendigkeit der englischen Besetzung.

Der Kölner Berichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt zu den Intrigen und der Propaganda zur Schaffung einer Rheinland-Republik, es bestehe nicht die geringste Aussicht darauf, daß die Rheinland-Republik durch den freien Willen der Rheinländer zustande kommen werde. Dorten versinke in Vergessenheit und der Agent Smeets falle dem Spott anheim! Keiner von beiden hätte einen Anhang, der der Rede wert sei. Die Rheinland-Republik könne nur mit Blut gegründet werden. Die britische Besatzung sei eine Garantie dagegen. Die Anwesenheit britischer Truppen in Köln sei auch eine Sicherheit gegen den Ausschluß Groß-Britanniens von der endgültigen Regelung.

Reduktion des englischen Marinebudgets.

Nach einem Bericht des ersten Lords der Admiralität, Amery, werden die Ausgaben für die englische Flotte im Jahre 1923/24 um acht Millionen Pfund Sterling geringer sein als im Vorjahre und rund 61 Millionen Pfund betragen. Der Kostenvoranschlag, der dieser Berechnung zugrunde liegt, wurde in der Erwartung entworfen, daß die Abrüstungsverträge von Washington von allen Signatarmächten ratifiziert werden. Nach dem Bericht soll in den Jahren 1923/24 kein Schiffsneubau erfolgen, eine geringe Summe aber soll zur Vorbereitung von Unterseebootbauten verwendet werden, die man im Jahre 1924/25 beginnen zu können hofft. Zum 1. April soll das Personal der englischen Flotte um 20 000 Offiziere und Mannschaften verringert werden. Der Personalbestand der englischen Flotte beträgt 99 500 Mann. Diese Abstreichungen sind nur bei drakonischer Sparsamkeit möglich. Der Voranschlag für die Luftflotte beträgt 18 Millionen Pfund. Das Luftschiffpersonal umfaßt 33 000 Mann.

Krupps Tätigkeit in Rußland.

Ein Dementi.

W. T. B. meldet: Die Firma Friedrich Krupp bittet um Veröffentlichung folgender Erklärung: Wiederholt haben die „Daily Mail" und andere ausländische Zeitungen, neuerdings wieder „New York Tribune", die Meldung gebracht, die Firma Krupp befasse sich mit der Herstellung von Kriegsmaterial in Rußland. Insbesondere ist berichtet worden, Krupp habe die Putilow-Werke übernommen. Demgegenüber stellen wir fest, daß Krupp weder mittelbar noch unmittelbar in irgend einer Weise oder zu irgend einer Zeit nach dem Kriege mit der Herstellung von Kriegsmaterial in Rußland sich befaßt hat. Keinerlei Verhandlungen darüber haben mit der Sowjetregierung, den Besitzern der Putilow-Werke oder sonst jemand stattgefunden. Die Behauptung von der Übernahme dieser Werke durch Krupp ist von Anfang bis zu Ende erfunden.

Generalvollmacht für Ismet Pascha.

Nach Meldungen aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora dem Außenminister Ismet Pascha Generalvollmacht für die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Alliierten über die von den Türken in ihrer jetzigen Form zurückgewiesenen finanziellen, wirtschaftlichen und Rechtsfragen erteilt.

Bonar Law über die Angora-Note.

Bonar Law bestätigte auf eine Anfrage im Unterhause, daß der britische Oberkommissar in Konstantinopel eine Benachrichtigung der Angora-Regierung erhalten habe, in welcher der vorgelegte Friedensvertragsentwurf von Lausanne als unannehmbar bezeichnet, weiterhin aber erklärt wird, daß die Nationalversammlung die Regierung zu weiteren Verhandlungen ermächtigt habe.

Protest Angoras in der Gefangenenfrage.

Die Regierung von Angora hat bei den Oberkommissaren der Alliierten einen Protest gegen die Verletzung der Bestimmungen der Lausanner Konferenz über die Zurücksendung der Gefangenen eingelegt und sie um Weiterleitung des Protestes an ihre Regierungen gebeten.

Ein Buch Lord Curzons über die Lausanner Konferenz.

In London wurde ein Buch Lord Curzons über die Lausanner Friedenskonferenz veröffentlicht. Es enthält 850 Seiten Text und kostet 7 Dollar und 50 Cents. In ihm werden die Punkte aufgeführt, über die England und die Türken sich nicht einigen konnten. Die erste Frage ist die der griechisch-türkischen gegenseitigen Kriegsentschädigungen bzw. der Ansprüche darauf. Curzon schreibt, England wasche seine Hände in Unschuld, wenn diese Frage nicht zufriedenstellend gelöst worden sei. Die zweite Frage ist die der wirtschaftlichen Bestimmungen, die die Angora-Regierung gerne aus dem Vertrage herausgenommen haben und unabhängig von diesen diskutieren möchte. Die englische Regierung ist demgegenüber der Ansicht, daß gerade diese lebenswichtige Frage in den Friedensvertrag habe aufgenommen werden müssen, da andernfalls die Kriegsgefahr latent bleibe. In bezug auf die finanziellen Bestimmungen, die die Türken ebenso behandeln möchten, ist man in England eher einem Kompromiß zugeneigt, das sehr leicht gefunden werden könnte. Die dritte Frage endlich ist die der Kapitulationen, die von den Türken mit besonderer Empfindlichkeit und Mißtrauen behandelt werde. Die Türken fordern für sich das Recht, Angehörige der fremden Mächte in ihrer Behausung festnehmen zu können auch ohne Befragung des betreffenden Konsuls. Diesem Anspruch widersetzt sich die englische Regierung nach allen Kräften.

Sowjetrußland.

Das große Sterben.

Nach den Sowjetinformationen der „Prawda" belief sich die Zahl der Todesfälle und Geburten in Petersburg auf je 1000 Einwohner im Jahre 1915 auf 21 Todesfälle und 27 Geburten; im Jahre 1917 auf 25 Todesfälle und 15 Geburten; im Jahre 1920 aber auf 60 Todesfälle und 15 Geburten.

Das Referat des Vorsitzenden des städtischen Zentralkomitees Michajlow stellt fest, daß Rußland ohne die gegenwärtig abgetrennten Gebiete vor dem Kriege eine Bevölkerung von 145 Millionen Menschen besaß; nach der Zählung im Jahre 1920 aber fiel die Bevölkerungsziffer auf 132 Millionen, d. h. sie verringerte sich um 13 Millionen. Michajlow schreibt, daß eine Ziffer von 13 Millionen sich aus 3 Millionen Gefallenen, infolge von Krankheiten in der Kriegszeit Verstorbenen und Kriegsgefangenen sowie aus drei Millionen Ausgewanderten zusammensetzt; der Rest ist durch den Überschuß an Geburten gerechtfertigt.

Dieser Ziffern muß noch die erschreckende Statistik der Hungeropfer der Jahre 1921—1922 hinzugefügt werden, dann werden wir uns davon überzeugen, daß in Rußland während der Bolschewistenherrschaft eine zahlreichere Bevölkerung ausgestorben ist, als die Bevölkerung der Tschechoslowakei und des Königreichs S. H. S. zusammengenommen.

Die überfüllten Gefängnisse.

Nach einer Meldung aus Moskau sind die Gefängnisse in Sowjetrußland gegenwärtig so überfüllt, daß die Staatsanwaltschaft angeordnet hat, daß wenigstens die für unerlaubte Schnapsfabrikation und für Kartenspiel verurteilten freigelassen werden. Gerade die Zahl der wegen dieser beiden Delikte Angeklagten ist so groß, daß für sie die Gefängnisse bei weitem nicht ausreichen würden. Da gegenwärtig Sowjetrußland eigene staatliche Spielkartenfabriken besitzt, die sich sehr gut rentieren, wurde das Kartenspielverbot aufgehoben.

Die Teuerung.

Ein Hotelzimmer in Moskau kostet gegenwärtig 5 bis 35 Millionen Rubel täglich.

Die wachsende Opposition.

Aus Moskau wird gemeldet: Die Zersetzung der kommunistischen Partei Rußlands nimmt täglich zu. Der Einfluß der oppositionellen Gruppen ist im Wachsen begriffen.

Deutsches Reich.

Begründung eines russischen wissenschaftlichen Instituts in Berlin.

Eine Gruppe von in Berlin weilenden, aus Rußland ausgewiesenen russischen Professoren und Gelehrten hat die Initiative ergriffen, um ein russisches wissenschaftliches Institut in Berlin zu gründen, das die Erforschung der geistigen und materiellen Kultur Rußlands bezweckt. Das Institut findet wohlwollende Unterstützung bei der russischen Regierung und tatkräftige Förderung durch die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Es sollen systematische Kurse für russische Studenten organisiert werden, die in zwei Semestern absolvierbar sind, ferner sollen einzelne Vorlesungen und Vortragszyklen für Russen und Deutsche über Fragen russischer Kultur veranstaltet werden. Endlich soll russischen Gelehrten die Möglichkeit zu wissenschaftlichen Forschungen und zur Veröffentlichung der Resultate gegeben werden. Die feierliche Eröffnung des Instituts hat am 17. Februar in der Bauakademie, Schinkelplatz 6, stattgefunden. Am 26. Februar begannen die Vorlesungen und Seminarübungen auf drei bereits vollständig organisierten Abteilungen des Instituts. Rektor ist der russische Professor Dr. Jassinski.

** **Zur Freigabe des deutschen Vermögens in Amerika.** Wie der Sonderbeauftragte des Hansabundes, der nach Annahme des Gesetzes betreffend Freigabe des deutschen Vermögens in Amerika eine eingehende Besprechung mit dem Treuhänder für die Verwaltung des feindlichen Vermögens in Washington hatte, mitteilt, ist der Treuhänder beschäftigt, mit größter Beschleunigung die nötigen Ausführungsbestimmungen zu dem Freigabegesetz aufzustellen. Diese Ausführungsbestimmungen, die dem Hansabund sofort zugehen werden, sind innerhalb 14 Tagen zu erwarten. Es wird jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß unter allen Umständen in jedem Einzelfalle ein Antrag auf Freigabe beim Treuhänder gestellt werden muß. Interessenten gibt die amerikanische Abteilung des Hansabundes, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 36, unentgeltlich Auskunft.

** **Verbot einer republikanischen Versammlung in München.** Der Republikanische Reichsbund hatte dieser Tage in München eine große öffentliche Versammlung einberufen, in der Dr. Hermann Schützinger, jetzt Major der Altonaer Schutzpolizeiwehr, über Schutz und Stärkung der Republik in dieser Zeit höchster außenpolitischer Gefahr sprechen sollte. Die Polizeidirektion München hat die Versammlung jedoch auf Veranlassung des Ministeriums des Innern „aus Sicherheits- und polizeilichen Gründen" verboten.

Aus aller Welt.

Differenzen zwischen Italien und Südslawien in der Fiume-Frage. Nach Nachrichten aus Fiume ergeben sich bei der Räumung der dritten Zone zwischen Sussak und Fiume Schwierigkeiten. Die italienische Delegation besteht auf der Eröffnung des Verkehrs bis zur Fiume-Station, die südslawische Delegation verlangt dagegen, daß zuerst die Baros-Hafen- und Delta-Frage gelöst werde. Man hofft jedoch, daß bis Ende der Woche die Räumung vollzogen sein wird.

Verhaftung eines kommunistischen Zeitungsdirektors. Wie „Petit Parisien" aus Rom meldet, ist der frühere Direktor des „Avanti", Serrati, bei seiner Rückkehr aus Moskau auf Betreiben von Mussolini verhaftet worden und zwar unter der Anschuldigung des Hochverrats.

Neues vom Tage.

§ **Bankenüberfall in Nowawes.** Die in Nowawes gelegene große Fabrik des Seidenhauses Michels u. Co. war Donnerstag nacht der Schauplatz eines überaus dreisten Raubüberfalls. Fünfzehn maskierte Banditen drangen in das Gebäude, öffneten sämtliche Fabrikräume und entwendeten von den Spulen frisch gesponnene Seide im Werte von rund 15 Millionen Mark.

§ **Stapellauf des größten Eisenbetonschiffes der Welt.** Auf dem Mindener Eisenbetonwerk lief gestern das größte aus Eisenbeton erbaute Binnenschiff der Welt vom Stapel. Es hat eine Länge von 67 Metern und umfaßt 8900 Tonnen. Auch die amerikanische Presse hatte zu diesem Ereignis Berichterstatter entsandt.

§ **101 Jahr alt.** Aus Leer meldet der Korrespondent des „Berl. Tagebl.": Die älteste Ostfriesin, die Witwe Bruhns in Ditzum, ist 101 Jahre alt geworden. Die alte Schifferswitwe ist noch geistig und körperlich rüstig und steht ihrem kleinen Haushalt noch allein vor. Sie konnte auch alle Besucher an ihrem Geburtstage selbst empfangen.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat März 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Gottes Homöopathie.

Homöopathie ist diejenige ärztliche Methode, die eine Krankheit zu heilen unternimmt durch ein Mittel, das eine ähnliche Krankheit erzeugt; sie will Gleiches mit Gleichem überwinden. Auf dem gleichen Gesetz beruht Pockenimpfung und Serumgewinnung — ein wunderbares Gesetz im Haushalt der Natur!

Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis, — es gibt auch eine göttliche Homöopathie. Dieses Grundgesetz steht geschrieben bei dem Propheten Jesajas, der von dem leidenden Gottesknecht schreibt: „Durch seine Wunden sind wir geheilet"; und Paulus formuliert es noch genauer im Römerbrief: „Das dem Gesetz unmöglich war (sintemal es durch das Fleisch geschwächet ward), das tat Gott und sandte seinen Sohn in der Gestalt des sündlichen Fleisches und der Sünde halben" oder im 2. Korintherbrief: „Er hat den, der von keiner Sünde wußte, für uns zur Sünde gemacht, auf daß wir würden in ihm die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt." Seltsames Tun Gottes: Um die Menschen von der Wunde zu heilen, die die Sünde ihren Seelen geschlagen, muß des Menschen Sohn sich Wunden schlagen lassen unter den Geißelhieben seiner Peiniger und am Kreuz! Um die Welt von der Sünde zu erlösen, muß des Menschen Sohn die Gestalt sündlichen Fleisches annehmen und sich wie ein Sünder behandeln, verwerfen, strafen, töten lassen — unter die Übeltäter gerechnet und zwischen Räubern und Mördern ans Kreuz geschlagen! Damit die Macht der Hölle gebrochen werde, muß die höllischste Tat geschehen, die die Weltgeschichte kennt, die Hinrichtung des heiligen Gottessohnes! Aber eben damit erfüllt sich das andere Wort göttlicher Homöopathie aus dem Munde des Herrn: „Tod, ich will dir ein Gift, Hölle, ich will dir eine Pestilenz sein!" Die Sünde gerichtet durch die ärgste Sündentat, der Tod überwunden durch den Tod des Erlösers, die Wunden der Seele geheilt durch die Wunden ihres Heilandes — wer will solches Geheimnis enträtseln? Das ist Homöopathie im Haushalt der Gnade.

Das zu begreifen ist nicht, worauf es ankommt — aber es zu erfahren und solcher Gnade innerlich gewiß werden, das ist die Gesundheit, die wir brauchen und erbitten von Ihm, der gesagt hat: „Ich bin der Herr, dein Arzt.".

D. Blau-Posen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. März.

Die polnische Ein- und Auswanderung.

Bisher sind aus Rußland nach Polen 703 250 Personen zurückgekehrt. Darunter waren 147 924 Polen, 447 650 Weißrussen und 24 242 Juden. Bis zum Ende des Jahres 1923 sind noch 300 000 Rückwanderer zu erwarten. Unter den Heimkehrern befinden sich 200 000 Vollwaisen, die jetzt vom Staat unterhalten werden müssen. Aus den Überseeländern sind im Jahre 1921 rund 78 800 Personen zurückgekehrt, 1922 nur noch 20 732.

Die Auswanderung umfaßte im Jahre 1921 rund 87 000 Personen, 1922 nur noch 32 000. Zugenommen hat die Auswanderung nach Frankreich, Belgien, Dänemark und Finnland. In diesen Ländern ist die Nachfrage nach gelernten Arbeitern, Bergarbeitern und Rübenbauern sehr groß. Zurzeit sind in Frankreich etwa 10 000 polnische Arbeiter beschäftigt, mit den Familien sind es 300 000 Personen. Auch die Schweiz bemüht sich neuerdings um Arbeiter. Nach Ansicht des polnischen Arbeitsministeriums ist die große Nachfrage nach polnischen Arbeitern im Hinblick auf die gegenwärtige Krisis in der Industrie zwar erwünscht, doch müsse man grundsätzlich bestrebt sein, so wenig Arbeitskräfte als möglich dem Lande zu entziehen.

Polnische Aerzte gegen deutsche Aerzte.

In polnischen Blättern findet sich ein Aufruf des Vorstandes des Ärzteausschusses des Vereins der Freunde der Wissenschaften, in dem gegen die deutschen und jüdischen Ärzte Stellung genommen wird, die für Deutschland optiert haben, aber hier in Polen zu bleiben gedenken. Es sei außerdem die Tatsache festgestellt worden, daß in Posen ein deutscher Arzt praktiziere, der Ausländer sei, niemals polnischer Bürger war und aus ethischen Rücksichten nicht in dem Ärzteverband Aufnahme fand. Das alles geschehe dank irgend welchen geheimen Einflüssen auf amtliche Faktoren.

In dem Aufruf wird dann erklärt, daß die Ärzte, die polnische Bürger sind, für die Befriedigung der Bedürfnisse der Öffentlichkeit vollkommen ausreichen.

Am Schluß des Aufrufs heißt es, daß die polnischen Ärzte nötigenfalls der Öffentlichkeit ohne Rücksicht auf Beruf und Amt die Namen derjenigen bekanntgeben werden, die gegen Recht und Gesetz und gegen das polnische Staatsinteresse zum Schaden des Ärztestandes arbeiten. Der Aufruf ist von 72 Ärzten unterzeichnet.

Ein Elternabend des Deutschen Gymnasiums.

Vor ungefähr einem Jahr bot das Deutsche Gymnasium den Eltern seiner Schüler und Freunden der Anstalt eine Aufführung der „Glocke" von Andreas Romberg als Elternabend-Veranstaltung. Das Gelingen jener Aufführung machte dem Schulchor und seinem Leiter, Herrn Doering, Mut und Lust, sich an noch schwierigere Aufgaben zu wagen, und man begann mit dem Studium von Haydns „Schöpfung".

Die Aufführung fand am Freitag der abgelaufenen Woche im großen Vereinshaussaal statt. Sie zeigte, daß der Chor und sein Leiter an der Einübung des nicht ganz leichten Werkes mit Fleiß und Verständnis gearbeitet hatten. Manches gelang sehr gut, und die frische Kraft des Chores und die anspornende Führung des Dirigenten brachten besonders die strahlenden, jubelnden Stellen — „Und es ward Licht", „Die Himmel erzählen", Schlußchor des zweiten Teiles — zu starker Wirkung. Nicht ganz so gut kamen begreiflicherweise die stille Herzlichkeit des Werkes und der an manchen seiner Stellen versteckte Humor zum Ausdruck. Der große, beinahe zu große Eifer der jugendlichen Sänger bedarf hie und da noch stärkerer Zügelung (Alt!).

Zur Ausführung des Instrumentalpartes war ein kleines Orchester zusammengestellt worden (Klavier, Harmonium, vier Geigen, zwei Celli, Kontrabaß), das im großen und ganzen seiner Aufgabe gerecht wurde und auch nach kleinen Entgleisungen den Weg ins rechte Gleis zurückfand.

Der Engel Gabriel und Eva wurden von Frl. Biging-Mann gesungen, deren Leistung — besonders, was die Ausführung der Koloraturstellen betrifft —, um so mehr anzuerkennen ist, als die Sängerin die Partie erst kurz vor der Aufführung übernommen hatte. Den Uriel sang Herr Jentsch. Sein Tenor kam besonders in den Ensemblesätzen schön zur Geltung. Als Baßsolist (Raphael, Adam) erfreute Herr Boehmer, wie so oft schon, durch die weiche Fülle seines schönen Organs und die musikalisch vornehme Art seines Vortrags.

Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Zuhörer dankten dem Leiter der Aufführung, Herrn Doering, und den Mitwirkenden durch lebhaften und herzlichen Beifall.

Konzert Wiesława Cichowicz.

Der Donnerstag der abgelaufenen Woche brachte das in unserer Stadt seltene Ereignis eines Liederabends, der zugleich dadurch besondere Bedeutung hatte, daß eine selten in die Öffentlichkeit tretende einheimische Sängerin, Frl. Wiesława Cichowicz, sich in einem eigenen Konzert vor dem hiesigen Publikum hören ließ. Die Konzertgeberin begann mit Beethoven („Ah! perfido!" und „Kennst du das Land?"), Schubert (Zwei Lieder aus der „Schönen Müllerin", „Gretchen am Spinnrad", „Sah ein Knab ein Röslein stehn", „Auf dem Wasser zu singen") und Brahms („Sapphische Ode" und „Vergebliches Ständchen") und gab dann Kompositionen französischer und polnischer Tonsetzer. Sie verfügt über einen sehr gut geschulten Mezzosopran von großem Umfang und starker Resonanz und zeigte sich besonders als eine Meisterin des klangvollen Pianos. Ihr Vortrag zeugt von musikalischer Intelligenz und von dem Bestreben, eindringlich zu deklamieren, ohne die melodische Linie zu zerreißen. Hier und da konnte man größere Wärme und schlichtere Innigkeit wünschen. In Herrn Gustav Juza hatte die Sängerin einen feinfühligen, anpassungsfähigen Begleiter. — Das Konzert war sehr stark besucht. Es gab sehr viel Beifall, und das Podium war am Schluß des Abends ein farbenprächtiger Blumenhain.

th.

Tarifkontrakt für die Landwirtschaftlichen Saisonarbeiter.

Da nicht zu erwarten ist, daß der Tarifvertrag für die Saisonarbeiter vor dem 1. April d. Js. in Warschau fertiggestellt wird, empfiehlt der Arbeitgeberverband des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine seinen Mitgliedern, die auswärtigen und die örtlichen Saisonarbeiter zu den alten Deputatbedingungen zu mieten, sowie zu dem bis zum 31. März d. Js. maßgebenden Barlohn vom 1. April ab einen Zuschlag von 50 Prozent zu gewähren, bis die endgültigen Löhne festgesetzt sein werden.

Reservistenübungen. Das Starostwo Grodzkie bittet uns erst heute bekannt zu geben, daß der Termin für die Einreichung von Gesuchen um Verschiebung der militärischen Übungen für Reservisten des Jahrganges 1897 bis zum 10. März verlängert worden ist.

× **Eisenbahn-Grenzverkehr.** Die Eisenbahndirektion Posen hat im Einverständnis mit dem Eisenbahnministerium vom 16. d. Mts. ab bis auf Widerruf die Expedierung aller Sendungen über die Grenzstationen Zduny, Rawitsch, Lissa, Bentschen und Dratzigmühle verboten. Nach dem 16. März dürfen nur solche Sendungen expediert werden, die bis einschl. 10. März in der Aufgabestation aufgegeben worden sind.

× **Die Forderungen der Eisenbahner.** In einer Eisenbahnerversammlung, die am Donnerstag in der „Villa Flora" stattfand, wurde beschlossen, bis Mitte März die Erfüllung der Forderungen der Eisenbahner abzuwarten, dann aber energische Schritte zu unternehmen.

Einschränkung der Schulinspektorenstellen. Das polnische Unterrichtsministerium hat jetzt die Zahl der Kreisschulinspektoren im früher preußischen Gebietsteil herabgesetzt. Bisher waren in vielen politischen Kreisen zwei Schulinspektoren tätig, von denen jeder einen besonderen Aufsichtsbezirk verwaltete. Von jetzt an sollen die Schulaufsichtsbezirke den Kreisgrenzen entsprechen. In Pommerellen ist diese Maßnahme bereits durchgeführt, im Posenschen ist sie im Gange.

× **Gewisse polizeiliche Bestimmungen für den Straßenverkehr** seien in Erinnerung gebracht. Einmal sei darauf hingewiesen, daß Kraftwagen in der Dunkelheit in den Straßen mit abgeblendeten Lichtern fahren müssen, um ein langsameres Tempo zu erzielen. Ferner muß von den Fußgängern stets rechts gegangen werden. Verboten ist das Zusammengehen von vier Personen auf den Bürgersteigen, das Stehenbleiben auf den Bürgersteigen und das Fahren von Kinder- und anderen Wagen auf den Bürgersteigen. Die Schutzmänner sind angewiesen, gegen jede Uebertretung dieser Bestimmungen unnachsichtlich vorzugehen.

× **Den Rekord für Beleuchtungspreise** schlägt zurzeit zweifellos das Städtchen Bojanowo bei Lissa. Man zahlt dort nämlich für ein Kubikmeter Gas 2600 M. und für eine Kilowattstunde elektrisches Licht 6000 M.

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Die Vortragsreihe „Polen" bringt als die beiden letzten Veranstaltungen des Wintersemesters zwei Vorträge von Dr. Rauschning, der am Mittwoch, dem 14. März, abends 8 Uhr, über das Deutschtum in Polen und acht Tage darauf, am Mittwoch, dem 21. März, über Volksbürgerschaft und Staatsangehörigkeit sprechen wird. Beide Vorträge finden im Evangelischen Vereinshaus statt. — Nach Ostern werden die Vorträge über die Wirtschaft in Polen und über „Parteien und Presse in Polen" (Dr. Meister) gehalten werden.

Sinfoniekonzert des Opernorchesters. Das Orchester des Großen Theaters kündigt ein Sinfoniekonzert an, das am Donnerstag, dem 15. März im großen Konzertsaale der Universität unter Leitung von Herrn Direktor Stermich stattfinden soll. Als Solist ist der Pianist Franciszek Lukasiewicz gewonnen worden. Zur Aufführung gelangen außer Tschaikowskis vierter Sinfonie zwei in Posen sehr lange nicht gespielte von Robert Schumann: Die Manfred-Ouvertüre und das Klavierkonzert. Ist die Tatsache, daß nach langer Pause dem hiesigen Publikum wieder einmal ein Sinfoniekonzert geboten wird, an sich schon bedeutungsvoll genug, so gewinnt das angekündigte Konzert außerdem noch durch das schöne Programm und die an seiner Durchführung beteiligten künstlerischen Kräfte erhöhte Bedeutung. — Eintrittskarten werden im Zigarrengeschäft von Szrejbrowski, ul. Fredry 1, verkauft.

Der Teenachmittag am Montag, dem 12. März, nachmittags um 5 Uhr im Johannenhaus, wird an Darbietungen Gesänge und Rezitationen bringen, die unter dem Thema: „Der Wald im deutschen Lied und der deutschen Dichtung" zusammengefaßt werden. Das Zusammensein verspricht sehr anregend zu werden und es werden deshalb alle weiblichen Mitglieder des Deutschtumsbundes herzlich aufgefordert, daran teilzunehmen. Es sei noch einmal daran erinnert, daß Tassen mitzubringen sind.

× **Großes Theater.** Heute Sonnabend: „Pique Dame" von Tschaikowski (erste Aufführung in der neuen Besetzung) mit den Damen Chwińska, Lenczewska, Majchrzakówna, Szafrańska und den

---

Der heilige Berg.

Roman von **Wilhelm Hagen.**

(48. Fortsetzung.)

Mit ruhiger Entschlossenheit betrat er die Hütte, um nach Ruth zu sehen. Er fand sie in der Kammer des Obergeschosses auf dem Divan liegend, schon wieder in wirre Träume verstrickt.

Mit einem harmlosen Scherzwort nahm er neben ihr Platz, strich ihr leise über das Haar und begann werbend: „Wir wollen doch nicht, Ruth, daß durch den Grafen und seine teuflischen Zauber ein Mißton in unser bisher so schönes Verhältnis kommt!"

Sie richtete sich halb auf: „Ich wünsche das keineswegs," erwiderte sie klar und bestimmt. „Aber wenn auch Du das vermeiden willst, dann darfst auch Du nichts tun und unternehmen, was geeignet erscheinen kann, meine Willensfreiheit irgendwie zu beeinträchtigen oder zu zerstören!"

Da erkannte er, daß es nicht möglich war, ihr in Güte den Verzicht auf den Zaubertrank des Grafen abzuringen. Schweigend erhob er sich, schweigend zog er die Hand von ihren Haaren fort, schweigend griff er nach Hut und Stock.

„Du gehst noch fort?" fragte sie erstaunt.

Er nickte. „Ich möchte noch auf einen Sprung zu Völkers hinauf!"

Ein wilder Trotz aber erwachte in ihr, sie erwiderte nichts, sondern ließ es geschehen, daß er verstimmt und mit kargem Gruße das Zimmer verließ.

Sie lauschte seinen verhallenden Schritten, hörte ihn die Treppe hinuntergehen und vernahm, wie die schwere Eichentüre mit lautem Geräusch ins Schloß schlug.

Da erhob sie sich heftig, machte Licht, öffnete das Kleiderspind und wählte ein kostbares Abendkleid. Dann entnahm sie der Schreibmappe einen Zettel Papier und warf mit flüchtiger Schrift die Worte darauf:

„Da es mir allein zu langweilig ist, bin ich ein wenig hinunter ins Hotel gegangen. Du brauchst mich nicht abzuholen. Ruth."

Noch einmal überlas sie die Zeilen, dann glitt ein zufriedenes Lächeln über ihre Züge, sie löschte das Licht, schritt die Treppe hinab, zog die Türe auf, schloß sie wieder und lenkte ihre eilenden Schritte nach Fritz Vogelreuthers hellerleuchtetem Hotel.

XIV.

Als Ruth in das Hotel kam, fragte sie nach Broighem. Ein neuer Kellner, der sie nicht kannte, zog ein verlegenes Gesicht und antwortete ihr, der Graf wäre jetzt nicht zu sprechen. Erstaunt über diesen Bescheid, fragte sie nach Vogelreuther. Da wurden die Mienen des Mannes noch verlegener, und er stotterte, daß auch der Generaldirektor augenblicklich verhindert wäre. Ärgerlich wollte Ruth das Hotel wieder verlassen, da begegnete sie wieder dem Pförtner, der ihr nach einigen Ausflüchten auf dringendes Befragen zuraunte, Vogelreuther säße mit Broighem und einem kleinen Kreise von Fremden auf der sogenannten hohen Terrasse.

Die hohe Terrasse, ein ganz besonderer Einfall Vogelreuthers, war das zu einer Terrasse umgewandelte Dach eines Seitenbaues, auf dem es sich vor allem zur Nachtzeit herrlich saß. Auf ihr Befragen, ob sie nicht auch hinauf zu den Herren gehen könnte, bekam sie einige deutlich erkennbare Verlegenheitsausreden zu hören, und als sie dringlicher wurde, ging der Pförtner mit ihr ins Telephonzimmer und ließ sie mit der hohen Terrasse verbinden. Der erste, der sich meldete, war Vogelreuther.

„Famos!" rief er, als er Ruths Stimme vernahm, „ich rufe sofort den Grafen."

Auch Broighem war sichtlich erfreut über Ruths Kommen und versprach, sofort im Fahrstuhl herunterzufahren und sie zu holen. Als er unten angelangt war, zog er Ruth vertraulich in eine Ecke und raunte ihr zu: „Es ist wundervoll, daß Sie kommen! Wir haben nämlich bereits einen ganzen Haschischklub beisammen, sitzen droben auf der Terrasse und wollen gerade mit dem Rauchen beginnen. Und nun habe ich eine herzliche Bitte an Sie!"

Sie sah ihn fragend an, und er drang flüsternd in sie: „Sie müssen unbedingt tanzen, Ruth! Stellen Sie sich vor: auf hoher Terrasse, über der sich der freie Nachthimmel wölbt, sitzen wir und träumen. Was fehlt da an der Vollendung noch etwas anderes als der Tanz?"

„Aber ich will rauchen!" fieberte sie.

„So rauchen Sie tanzend!" lächelte er. „Komponieren Sie einen neuen Tanz „Die Haschischraucherin", zu dessen Schluß Sie halb berauscht, halb verträumt zusammensinken, und es wird herrlich werden!"

„Aber ich habe keine Kostüme!" erinnerte sie.

„Es ist eine Dame bei uns droben," erzählte er ihr nach einigen Bedenken, „die ein ganzes Zimmer voll der verschiedensten Gewänder hat, griechische, indische, japanische, kurz, was Sie wollen. Daraus wählen Sie, was Ihnen passend erscheint, und dem Mangel ist abgeholfen!"

„Wer ist denn alles mit dabei?" erkundigte sie sich.

„Im ganzen sind wir etwa zehn Personen," berichtete ihr der Graf. „Von Bekannten habe ich Ihre Freunde Völkner und Wildenbrunner aufgenommen und natürlich den Generaldirektor. Auch Ruhland hält mit und außerdem ein englischer Lord, ein polnischer Edelmann, die Amerikanerin, von der ich Ihnen vorhin sagte, und noch ein paar mehr oder weniger gleichgültige Herren, aber insgesamt Menschen, die zu einander passen und von denen keine Indiskretion zu fürchten ist."

„Dann komme ich mit!" sprach Ruth kurz entschlossen und stieg in den noch immer wartenden Lift.

Oben angelangt, gab es noch eine kurze Vorstellung, dann bat der Graf Miß Fall, sie möchte Ruth aus ihrem Reichtum ein passendes Kostüm zur Verfügung stellen, und die Amerikanerin ging liebenswürdig auf den Vorschlag ein. Ruth brauchte nicht lange zu wählen: ein griechischer Chiton, fußfrei und hübsch geschnitten, gefiel ihr am besten, und als sie ihn anprobierte, paßte er so gut, daß Miß Fall entzückt in die Hände klatschte und rief: „Entzückend! Darf ich ihn Ihnen schenken?"

(Fortsetzung folgt.)

Herren Bedlewcz, Karpacki Zawrocki. Musikalische Leitung Herr Bojanowski. — Sonntag nachmittag Vorstellung zu halben Preisen: „Hänsel und Gretel“ mit Frl. Lenczewska und Fontanówna in den beiden Titelpartien. Musikalische Leitung Herr Wojciechowski. — Sonntag abend: „Hoffmanns Erzählungen“ mit Herrn Malawski als Hoffmann. Musikalische Leitung Herr Bojanowski. — Dienstag: „Die Jüdin“ mit Frau Janowska-Kopczyńska als Rahel. — Vorverkauf der Eintrittskarten in der Zigarrenhandlung von Górski (Hotel Monopol).

Auf die Versammlung der deutschen Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung, die morgen, Sonntag, nachmittag 5 Uhr bei Fiedler in Górna Wilda 47 (fr. Kronprinzenstr.) stattfindet, sei nochmals hingewiesen. Herr Steinhof wird seinen Vortrag über „Krankenkassen- und Invalidengesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung der Posener Ortskrankenkasse“ bestimmt halten.

X **An den Straßenbahnhaltestellen langsam fahren!** Das Starostwo Grodzkie macht angesichts der Tatsache, daß von Straßenbahnpassagieren häufig Beschwerden darüber einlaufen, daß sie beim Ein- und Aussteigen bei den Haltestellen durch Wagen, Reiter, Radfahrer und Kraftwagenlenker in Gefahr kommen, auf eine Regierungs- und Polizeiverordnung vom 10. Mai 1907 aufmerksam, nach der Reiter, Radfahrer und Kraftwagenlenker beim Passieren der Haltestellen der Straßenbahn ihr Tempo verlangsamen müssen. Die Zuwiderhandelnden werden bestraft.

X **Aufklärung zweier großer Einbruchsdiebstähle.** In der letzten Zeit wurden zwei Herren- und Damenwäschegeschäfte, das eine in der ul. Półwiejska 5 (fr. Halbdorfstraße) und das andere in der ul. Franciszka Ratajczaka 2 (fr. Ritterstraße) durch Einbrecher schwer heimgesucht. Im ersteren Falle wurden für 40 Millionen Mark, im zweiten für 8 Millionen Mark Sachen erbeutet. Die Einbrüche waren beide in der Weise ausgeübt worden, daß die Spitzbuben vom Keller aus ein Loch in die Decke bohrten und dann in die Läden eindrangen. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, beide Einbrüche restlos aufzuklären. Als Einbrecher wurden der 30jährige Johann Czewiński aus Płock und der 22jährige Konditorgehilfe Johann Rataj aus Posen in Untersuchungshaft genommen. Der Polizei ist es auch gelungen, im ersten Falle etwa neun Zehntel, im zweiten ungefähr die Hälfte der Beute zu beschlagnahmen und den Eigentümern wieder zuzustellen.

X **Einbruchsdiebstahl.** Aus einem Zigarrengeschäft in der ulica 27 Grudnia (fr. Berlinerstr.) wurden durch Einbruch für 1 300 000 Mk. Zigarren, Zigaretten, Tabakspfeifen usw. gestohlen.

---

* **Birnbaum,** 9. März. Sechs Sack Getreide verschwanden kürzlich einem Landwirt in Zatom Stary aus seiner Scheune. Die von der Polizei angestellten Ermittelungen hatten Erfolg. Das Getreide fand sich in einer Mühle vor. Ein Arbeiter hatte das Getreide dort zum Mahlen abgegeben. Da er kein Land besitzt, auch Getreide weder von anderer Seite bekommen, noch gekauft hat, konnte er der Tat überführt werden.

* **Bromberg,** 9. März. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung, die sich wieder stundenlang hinzog, wurde u. a. beschlossen, den Magistrat zu ermächtigen, bei der Landesdarlehnsbank in Posen eine Anleihe von 80 Millionen aufzunehmen zur Weiterführung von Notstandsarbeiten. Die Hundesteuerordnung wurde dahin abgeändert, daß für den ersten Luxushund 40 000 (!), für jeden weiteren 120 000 Mk. Steuer jährlich erhoben werden. Für den ersten Kettenhund soll eine Steuer von 15 000, für jeden weiteren 30 000 Mk. erhoben werden. Die mitgeteilten Magistratsanträge auf Benennung des Gymnasiums Reja (frühere Oberrealschule) und der Straße Reja nach dem Astronomen Kopernikus wurden angenommen. Zum Schlusse wurde zur Deckung des Fehlbetrages der Volksküche für Dezember und Januar 12 Millionen Mark bewilligt. In der geheimen Sitzung wurde an Stelle des ausgeschiedenen unbesoldeten Stadtrats Miller Herr Kaszubowski gewählt. — Vor längerer Zeit ereignete sich ein eigenartiger Fall, der die Kriminalpolizei bis jetzt beschäftigte. Zwei Soldaten fanden am Elisabethmarkt auf dem Rasen an Händen und Füßen gebunden und mit einem Knebel im Munde, den 19jährigen Jerzy S. auf und schafften ihn zum 4. Polizeirevier. S. gab hier an, schon seit längerer Zeit von einem „Klub der Rache“ verfolgt zu werden; einige Mitglieder dieses Klubs hätten ihn überfallen und gefesselt. Weiterhin erzählte er dann noch andere Räubergeschichten, die aber offenbar nur den Geisteszustand eines durch Schundliteratur in Wort und Bild, wie es auch behördlicherseits angenommen wird, verschrobenen Jünglings wiedergeben. Unser „Held“ gestand denn auch bald ein, er habe sich selbst in den Zustand der Fesselung versetzt, in dem er aufgefunden worden sei. Drohbriefe, die an seinen Vater und auch an ihn selbst (!) gerichtet waren, hat er selbst geschrieben, was aus der Handschrift deutlich zu ersehen ist. Die Briefe waren unterzeichnet von dem „Klub der Zwölf“, „Klub der Rache“ usw. Sogar Gründungs- und Auflösungsdatum eines „Klubs der Zwölf“, des späteren „Klubs der Rache“, waren darin angegeben: die Gründung schon 1916, die Auflösung 1918, und Sitz Schwedenhöhe. Ferner war darin zu lesen von dem „wachenden Auge“, „verratenen Geheimnissen“ und ähnlichen „geheimnisvolle Tiefen“ verratenden Dingen. Der junge Mann war also ein Opfer der „Räuberpistolen“ in Wort und Bild geworden.

* **Dirschau,** 7. März. Ein gewisser Kasimir Kraczicki aus Wreschen bei Posen wurde hier auf dem Bahnhof festgenommen, als er den Bromberger Zug verließ. Er wird beschuldigt, während der Fahrt einer Dame eine Geldtasche mit einem größeren Geldbetrag gestohlen zu haben.

* **Groß-Neudorf,** 8. März. Am vergangenen Sonntag fand in der hiesigen evangelischen Kirche die Einweihung der Gedenktafel für die Gefallenen aus dem Weltkriege statt. Die beiden Tafeln, 120 Namen aus dem hiesigen Kirchspiel enthaltend, wurden in feierlichem Zuge von der Schule nach der festlich geschmückten Kirche gebracht. Nach tiefergreifender Ansprache des Ortspfarrers Rohner fand die Einweihung statt. Die Verlustzahl der hiesigen Gemeinde beträgt 4 Prozent, steht also erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt. Einzelne Familien haben drei, manche sogar alle Söhne verloren. Der Kirchenchor sang bei der Feier die Lieder: „Es ist bestimmt in Gottes Rat“ „Wie sie so sanft ruhn“ und „Sei getreu bis in den Tod“.

* **Montwy,** 8. März. In letzter Zeit sind auf dem hiesigen Bahnhofe wiederholt Zucker- und Getreidediebstähle vorgekommen, die nun durch das Privat-Detektivbureau „Gryf“ aufgeklärt wurden. Die Spur führte nämlich zu einem Speicher beim Militärschießstand, wo Zucker- und Getreidevorräte aufgefunden wurden. Die Diebstähle wurden, wie der „Kuj. Bote“ schreibt, von einem Soldaten ausgeübt, der dort Wache stand.

* **Nakel,** 8. März. In der eigenen Wohnung verübte der Handwerker Julius Juchatz aus unbekannter Ursache Selbstmord durch Erhängen. Da er viel bares Geld besaß, so kann er den Selbstmord nicht aus Not verübt haben.

* **Stargard,** 8. März. Die hiesige Polizei hat festgestellt, daß das kürzlich in Ponczewo angelegte Feuer, dem das Gehöft des Besitzers Lipinski zum Opfer fiel, von dem als nicht ganz zurechnungsfähig geltenden Knecht Z. angelegt worden ist. Der Tat soll ein Streit des Z. mit dem Sohn des Besitzers vorangegangen sein.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz** 8. März. Eine gewisse Stanisława Borowczyk aus Dijanowice kaufte auf dem Alten Ringe in Lodz von einem Unbekannten ein Päckchen Stoff für 50 000 Mark. Als sie das Päckchen zu Hause aus seinem Umschlag löste, fand sie statt der Ware — Stroh vor.

Aus Ostdeutschland.

* **Schneidemühl** 7. März. Zum Provinzialschulrat (Oberschulrat) des Provinzialschulkollegiums der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen ist der Geheime Regierungs- und Schulrat Professor Dr. Schmidt-Stettin ernannt worden. Er war früher Gymnasialdirektor.

Sport und Jagd.

V **Beginn der Posener Fußballsaison.** Am Sonntag, dem 11. März, beginnen die Wettkämpfe um die Fußballmeisterschaft von Großpolen. Auf dem Poznania-Platz treffen sich um 3 Uhr nachm. „Warta“ und „Poznania“. Das Spiel dürfte „Warta“ ungefähr mit 3 : 1 gewinnen. Auf dem Pogoń-Platz spielt um 4 Uhr „Pogoń“ gegen „A. Z. S.“. Die Studenten werden gegen „Pogoń“ nicht aufkommen können. „Unja“ fährt nach Ostrowo, um dort „Ostrovia“ zu schlagen.

V **Remis.** Am vergangenen Sonntag traten sich auf dem Poznania-Platze in Posen „Pogoń“ und „Poznania“ zu einem Wettspiele gegenüber, das zum zweiten Male das Versagen der Pogonianer dokumentierte, die doch bei den vorjährigen Meisterschaftswettspielen den gefährlichsten Rivalen des jetzigen Meisters von Nordpolen abgaben. Bei „Poznania könnte man befürchten, daß ihre Erfolge ein Strohfeuer sind, wie zu Beginn des Jahres 1922. Aber es scheint jetzt in der ganzen Mannschaft ein ganz anderer Zug zu herrschen. Sologänge hat es am Sonntag bei „Poznania“ höchst selten gegeben. Der Solomeister Hein, der „Pogoń“ untreu geworden ist, hat sich sehr zu seinem Vorteil verändert. Kmieć in der Verteidigung war fabelhaft sicher in der Abwehr. Er und Olszewski von „Warta“ sind wohl die besten Verteidiger, die die Posener Fußballvereine aufzuweisen haben. Der Linksaußen der Roten plazierte prachtvolle Eckbälle vor das Tor der bedrängten Pogonianer. Aber nur einer davon wurde zum Tor verwandelt. Während in der ersten Halbzeit die Gewinnchancen ziemlich gleich verteilt waren, hatte in der zweiten Halbzeit Poznania“ eine deutlich erkennbare Überlegenheit. „Pogoń“ hat es in erster Linie seinen unermüdlichen Verteidigern zu verdanken, daß sie nicht schlechter abgeschnitten ist; denn ein Remis mit „Poznania“ ist für „Pogoń“ ein schlechter Ausgang zu nennen. Mit berechtigten Hoffnungen geht „Poznania“ in die am Sonntag beginnenden Meisterschaftswettspiele.

Aus dem Gerichtsaal.

* **Strasburg,** 6. März. Das Kreisgericht verurteilte kürzlich die Tochter des Kantors aus N. wegen eines Gold- und Silberschmuggels und eines Bestechungsversuchs zu einem halben Jahre Gefängnis. Bei der Verlesung des Urteils machte die Angeklagte dem Richter den Vorwurf, sie sei so hart bestraft worden weil sie Jüdin sei. Das Gericht verurteilte sie daraufhin sofort zu 5 Tagen strenger Haft. Außerdem soll gegen sie ein besonderes Strafverfahren eingeleitet werden.

* **Lodz,** 2. März. Im Bezirksgericht kam dieser Tage der Prozeß eines gewissen Lejser Kohn zur Verhandlung, der angeklagt war, Dollarnoten gefälscht zu haben. Im Mai vorigen Jahres kam Kohn zu dem ihm bekannten Gastwirt Dereczyński und bat, ihm gegen Hinterlegung einer Fünfzig- und Zweidollarnote 200 000 Polenmark zu borgen, worauf Dereczyński auch einging und ihm 180 000 Mark lieh. Als Kohn aber nach einiger Zeit sich nicht meldete und der Kurs der Dollars um ein Vielfaches gestiegen war, begab Dereczyński sich in einige Banken, um dort zu seiner unangenehmen Überraschung zu erfahren, daß die Fünfzigdollarnote eine Umwandlung einer Zweidollarnote darstelle. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 4 Jahren Gefängnis.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

P. K. 87. Da Sie in Deutschland geboren und erst am 2. Januar 1908 nach Polen gekommen sind, gelten Sie einwandsfrei als Reichsdeutscher. Sie können deshalb unter keinen Umständen zum polnischen Militärdienst herangezogen werden. Ihre erste Anfrage vom 15. 2. 23 ist nicht in unsere Hände gelangt.

M. Z. in Ch. 1. Für die Reise nach Danzig ist nur der Personalausweis erforderlich. Wenn Sie von Danzig nach Deutschland fahren wollen, müssen Sie im Besitz eines Passes sein. Mitnehmen dürfen Sie ohne besondere Erlaubnis 100 000 M. polnisches Geld und 1000 Schweizer Franken oder deren Wert in ausländischer (nicht polnischer) Valuta, einerlei ob nach Danzig oder von Danzig nach Deutschland. 2. Zu Geldüberweisungen ist die Danziger Privataktienbank in Posen, ul. Pocztowa 10 (fr. Friedrichstraße) als Devisenbank berechtigt. 3. Derartige Auskünfte werden unentgeltlich erteilt.

A. G. in D.-G. Unter allen Umständen erbt nach § 1931 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Ihre Ehefrau neben Verwandten der ersten Ordnung (d. h. Kindern) und zwar zu einem Viertel. Ihre Frage wegen des „Gemeindetestaments bei Zeugen“ ist uns unverständlich.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die polnische Holzausfuhr.

Die Frage der polnischen Holzausfuhr ist, ähnlich wie die des Getreideexports, ein Zankapfel zwischen zwei grundverschiedenen Richtungen, die sich in der Stellungnahme gewisser, namentlich Warschauer und Krakauer Blätter deutlich widerspiegelt. Von Zeit zu Zeit wird gegen den Export von Holz im allgemeinen und einzelner Arten und Sorten im besonderen Sturm gelaufen. Vor etwa einem Jahre berief man sich in erster Linie darauf, daß die Wälder Polens in ganz unsinniger Weise zugunsten der Ausfuhr ausgebeutet würden, ohne daß auf die Wiederaufforstung und vor allem auf die Sicherung des heimischen Bedarfs gebührend Rücksicht genommen würde. Jetzt arbeitet man weniger mit Waldflächenstatistik usw., sondern weist auf die Notlage der Holzindustrie des Landes hin, die nicht mehr genügend Kapitalien heranschaffen kann, um sich die nötigen Mengen von Rohstoffen zu sichern, während Riesenmengen zu außerordentlich hohen Preisen ins Ausland gehen.

Während der gleichen Zeit aber hörte man die andere Richtung auf die Regierung schelten wegen all der gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, namentlich auf dem Gebiete des Verkehrswesens, die die Holzausfuhr zum Schaden der polnischen Handelsbilanz behindern. „Kurj. Warsz." behauptet, daß gerade die fiskalischen Forstverwaltungen sehr wenig Rücksicht auf den Absatz auf dem Inlandsmarkt nehmen und ebenso wie die Privatwaldbesitzer das Holz lieber ausländischen Käufern abgeben, die mit ihrer hohen Valuta die polnischen Fabrikanten mit Leichtigkeit aus dem Felde schlagen. Neuerdings gehe man sogar so weit, daß man von inländischen Holzkäufern Zahlung in Pfund Sterling verlange. Deshalb müsse die Holzausfuhrpolitik einer gründlichen Revision unterzogen werden.

In Posen fand vor kurzem eine Protestversammlung der Tischlerinnungen und Holzfabrikanten gegen die Holzausfuhr statt. Nach einer längeren Aussprache wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, die sich nach Warschau begeben und mit den maßgebenden Stellen in Verhandlungen treten soll. Gefordert wird: 1. Sofortiges Verbot der Holzausfuhr; 2. Sequester der Holzbestände und Schutz der Waldungen; 3. Festsetzung eines Höchstpreises; 4. hohe Zölle für die Ausfuhr des Rohmaterials in beschränktem Maße; 5. freie Ausfuhr von bearbeitetem Holz (Möbel und dergl.); 6. auswärtigen Gesellschaften (Belgiern, Holländern usw.) soll der Erwerb von Waldbeständen untersagt werden; 7. Einsetzung einer Kontrollkommission.

Gegen ein Ausfuhrverbot für Holz sprachen sich Holzkaufleute und Holzindustrielle in Lemberg aus. In einer dort stattgefundenen Sitzung wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Verhältnisse des polnischen Staates sowie der Stand der Valuta und der Finanzen erfordern kategorisch eine recht intensive Produktion und verstärkte Holzausfuhr. Der polnische Waldbestand rechtfertigt im Vergleich zur allgemeinen Wirtschaftslage eine Ausbeutung und Ausfuhr aus Polen in dem bisherigen Umfange. Jegliche Einschränkung der Ausfuhr und jegliche Reglementierung des Exports muß als in ihren Folgen schädlich betrachtet werden, und zwar im gleichen Maße für die Holzindustrie wie auch für die gesamte Staats- und Finanzwirtschaft.

Danzigs Holzhandel im Jahre 1922.

Der „Danziger Wirtschaftszeitung" entnehmen wir folgendes: Der Verkehr mit Holz hat sich im Jahre 1922 sehr lebhaft gestaltet. Die Zufuhren kamen zum überwiegenden Teil auf dem Bahnwege an, der für die zu bewältigenden Mengen leider unzureichend ist; die Folgen davon machten sich in mehrfachen Bahnsperren und Stockungen unangenehm bemerkbar. — Die Holzarbeiterlöhne sind stark gestiegen; ein längerer Streik legte in der besten Jahreszeit den ganzen Verkehr zum Schaden der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer brach.

Der Transport von Holz auf dem Wasser-Flößereiwege, der in früheren Jahren in erster Reihe stand, beginnt sich allmählich neu zu beleben und wird im nächsten Jahre sicher sehr zunehmen und dadurch die Bahnwege, die nur schwer und langsam ausbaufähig sind, von ihrer Überlastung teilweise befreien.

Vergleiche zwischen dem Holzgeschäft Danzigs in heutiger und früherer Zeit lassen sich schwer anstellen; einige Exportartikel, die früher Hauptartikel im Danziger Handel bildeten, wie zum Beispiel russische Balken und Mauerlatten, sind fast ganz vom Markt verschwunden, weil die Waldgebiete, aus denen sie hergebracht wurden, jenseits der polnischen Grenze in Sowjetrußland liegen; andere Artikel, wie Timberends, eichene Plancons — früher ebenfalls von größter Bedeutung für Danzig — sind stark in den Hintergrund getreten, weil England, das Hauptabsatzgebiet hierfür, noch nicht die frühere Aufnahmefähigkeit dafür zeigt. An Stelle dieser verkümmerten Zweige des Holzgeschäftes sind Artikel getreten, die früher nur in geringen Mengen über Danzig gehandelt wurden, wie besäumte Bretter, Planken und Bohlen, eichene Faßstäbe und -binder, Grubenholz, Telegraphenstangen u. a. m. Sehr großes Geschäft war in kiefernen Sleepers, kiefernen und eichenen Schwellen.

Die Zahl der Firmen, die sich mit Transport, Export und Spedition befassen, hat bedeutend zugenommen; die außerordentlich günstige Lage Danzigs für den Umschlag und die Stapelung des aus Polen und den Randstaaten zu beziehenden Holzes veranlaßt immer weitere Holzfirmen aus Ost und West, sich in Danzig niederzulassen. Der Erfolg, mit dem diese Firmen arbeiten, hängt zum Teil davon ab, ob sie genügende Mittel hinter sich haben, um den großen finanziellen Anforderungen des heutigen Holzhandels zu genügen, ferner, und nicht zuletzt, von richtiger Einschätzung der Risiken, welche der Handel in stark schwankenden Valuten, in denen sich der Holzverkehr abspielt, mit sich bringt.

Der trügerische Gewinn an Papiermark, der manchen Firmen durch die eingetretene große Preissteigerung derjenigen Hölzer zugefallen ist, die ihren Absatz in Deutschland haben, kann dem ernsten Kaufmann die Sorge darüber nicht nehmen, daß Konjunkturrückschläge, auf die viele Zeichen hindeuten, sich in Danzig sehr bemerkbar machen würden.

Die Danziger Sägewerke fanden, soweit sie nicht Rundholz zu verarbeiten hatten, volle Beschäftigung im Auftrennen von Sleepers und Schwellenklötzen. Auch die Zahl der Sägewerke hat sich durch Neubauten vermehrt.

Die Erschließung des russischen Holzmarktes

Der russische Holzsachverständige Golin-Lesnikoff hat sich auf einer im Zusammenhang mit der osteuropäischen Holzmesse stehenden Geschäftsreise, die ihn u. a. nach Berlin, Warschau und Wilna führt, auch in Danzig aufgehalten. Er hat dem Handelsredakteur der „Danz. Neuest. Nachr." ins einzelne gehende Angaben über die Möglichkeit der Erschließung des russischen Holzmarktes gemacht, denen wir folgendes entnehmen:

Das Holzgeschäft mit Rußland stieß bisher auf große Schwierigkeiten, die darin begründet lagen, daß zur Erlangung einer Holzkonzession in Rußland verfügbare Beträge von etwa 100 000 Pfd. Sterling erforderlich waren. Das Geschäftskapital einer Firma, die in ein einziges Geschäft solche Summen hineinstecken konnte, mußte diesen Betrag um ein Mehrfaches übersteigen. Derartig kapitalkräftige Firmen fanden sich nun naturgemäß in den valutaarmen Ländern fast gar nicht, so daß eigentlich nur Holzfirmen der valutastarken Länder in Frage kamen. Diesen fehlte aber zumeist die Einsicht in russische Verhältnisse, sie hatten früher nicht in Rußland gearbeitet und scheuten nun das Risiko, an ein unsicher scheinendes, ihnen nicht vertrautes Geschäft so namhafte Summen zu wagen.

Umgekehrt gab es in Deutschland beispielsweise eine ganze Reihe von Firmen, die seit langen Jahren in Geschäftsverbindung mit Rußland gestanden hatten, die auch jetzt wieder, gestützt auf ihre Erfahrungen, den Holzexport aus Rußland in die Wege zu leiten bereit waren, denen aber die erforderlichen Kapitalien nicht zur Verfügung standen. Wie G.-L. sich ausdrückte, falle es leichter, in Deutschland 100 oder 200 Firmen aufzutreiben, die zusammen ein Millionenkapital in englischen Pfund verfügbar hätten, als in England drei für das Ostgeschäft in Frage kommende Firmen mit je 100 000 Pfund. Aus diesem Grunde ständen die russischen Holztrusts neuerdings auf dem Standpunkt, daß in Deutschland durch Zusammenschluß zahlreicher kleinerer Interessenten sich kapitalstarke Organisationen bilden sollten, mit denen dann das Holzgeschäft ganz großen Stils aufgenommen werden könnte.

Die Entwicklung ist nach Ansicht G.-Ls. jetzt auf dem Punkt angelangt, wo ein korporatives Auftreten deutscher — und Danziger — Holzfirmen auf dem russischen Holzmarkt als Selbstinteressenten oder Vermittler durchaus erfolgversprechend sei. Die beste Gelegenheit, um einen Modus zum Zusammenschluß und zur Finanzierung des Holzgeschäfts mit Rußland zu finden, werde sich auf der ersten osteuropäischen Holzmesse in Königsberg bieten, wo Holzinteressenten aus allen Ländern Europas zusammen kommen und wo vor allen Dingen auch alle in Frage kommenden Holztrusts Rußlands erscheinen würden, an die sonst nur schwer heranzukommen sei.

Besonders betonte G.-L. den Gesichtspunkt, daß es sich bei der Holzmesse nicht um einen lokalen Holzmarkt handle, an dem nur Firmen interessiert wären, denen an einem Holzexport über Königsberg etwas läge, sondern, daß die Messe als internationaler Holzmarkt großen Stils gedacht sei, auf der ohne Rücksicht auf den Sitz der Firma und den Ort der Messe Geschäfte etwa Petersburg—Hull oder Wilna—Danzig—Amsterdam getätigt werden würden. Auch in Danzig gibt es eine ganze Reihe namhafter Firmen, die derartige Geschäfte abzuschließen pflegen, so daß das Interesse, das auch die führenden Danziger Holzindustriellen und -händler der Holzmesse entgegenbringen, verständlich wird. Dabei fällt es nicht ins Gewicht, ob die einzelnen Firmen auch wirklich im Augenblick Engagements großen Stils einzugehen beabsichtigen; sie haben jedenfalls eine selten günstige Gelegenheit, mit russischen und ausländischen Holzfirmen direkte Fühlung aufzunehmen.

Ein weiteres günstiges Moment liegt in der Tatsache, daß die Messe am Ende der Holzsaison stattfindet, so daß nichts über das Knie gebrochen zu werden braucht, sondern die Durchführung getroffener Verabredungen wohldurchdacht und vorbereitet werden kann. Von Bedeutung ist schließlich noch der Umstand, daß während der Messe die in Königsberg versammelten deutschen Holzsyndikate und Organisationen eine Tagung abzuhalten gedenken.

*

= **Garantie für Vorschüsse auf russisches Holz.** In deutschen Wirtschaftskreisen besteht noch vielfach Abneigung, auf russische Warenlieferungen Vorschüsse zu gewähren, weil man wirtschaftliche oder rechtliche Bedenken für die Sicherheit dieser Vorauszahlungen hat. Um solche Befürchtungen zu zerstreuen, wurde im Hinblick auf die Erest Osteuropäische Holzmesse in Königsberg zwischen der Holz-Abteilung der „Deruwa" (Deutsch-Russische Warenaustausch-Gesellschaft m. b. H. bei der Deutschen Ostmesse) und der Berliner „Garantie- und Kreditbank für den Osten", die die deutsche Abteilung der mit internationalem Kapital in Moskau gegründeten „Russischen Kommerzbank" (Olaf Aschberg) ist, ein Abkommen getroffen, wonach die Bank gegenüber den Firmen, die durch die „Deruwa" mit russischen Holztrusts Abschlüsse tätigen, Garantie für die den Holztrusts gezahlten Vorschüsse leistet. Dieses Abkommen wird eine große Bedeutung für alle mit den russischen Holztrusts auf der Ersten Osteuropäischen Holzmesse in Königsberg vom 18. bis 22. März getätigten Abschlüsse haben.

= **Polnische Neugründungen und Kapitalserhöhungen.** In Łańcut (Galizien) wurde die Vorschußbank mit einem Kapital von 100 Millionen Mark neu gegründet. — Erhöht haben ihr Aktienkapital die Schlesische Industrie-Bank in Bielitz von 200 auf 400 Millionen, die Holzindustrie und Metallwerke „Horach" um 75 Millionen, die polnischen Siemens-Schuckert-Werke um 50 auf 100 Millionen, die Tuchfabrik Fiedler in Opatowek bei Kalisch von 50 auf 300 Millionen, die Polnisch-Baltische Handelsgesellschaft um 140 Millionen, die Oberschlesische Handelsbank um weitere 40 Millionen (deutsche Mk.), die A.-G. Schuhfabrik „Polus" um 200 auf 500 Millionen, das landwirtschaftliche Syndikat Lubli auf 100 Millionen, die Allgemeine Baugesellschaft „Pezata" in Lemberg von 60 auf 120 Millionen, die Holzgesellschaft „Foresta" von 140 auf 440 Millionen polnische Mk. und der Petroleumkonzern Dąbrowa, der die Gesellschaften Karpathen und Schodnica unter seine Kontrolle genommen hat, von 12 auf 50 Millionen Franken. Im Jahre 1921/22 zahlte dieser Konzern keine Dividende.. Seiner Verwaltung sind jetzt die Herren Dr. Arnold Segal, S. Thery und A. de Guerr beigetreten.

= **Polnischer Warenaustausch mit Holland.** In der Lemberger Tageszeitung „Kurjer Lwowski" vom 13. d. Mts. finden sich die folgenden interessanten Ausführungen: „Die Handelsbeziehungen mit Holland können dem polnischen Wirtschaftsleben bedeutende Vorteile bringen, soweit unser Abkommen auf die Meistbegünstigungsklausel gestützt sein wird, die es Polen ermöglichen würde, auf dem holländischen Markte die Konkurrenz mit andern Ländern aufzunehmen. Die Valutaschwierigkeiten sind zurzeit der Entwicklung der holländischen Einfuhr nach Polen nicht günstig. Holland könnte uns viele Artikel, die es in der erstklassigen Qualität besitzt, liefern. Heute bezieht Polen aus Holland in großen Mengen kondensierte Milch und Sahne, spezielle Arten von Zuchtvieh und Käse. Die polnische Einfuhr nach Holland hat dagegen eine großartige Zukunft, insbesondere auf den landwirtschaftlichen Gebieten, sobald unsere wirtschaftlichen Verhältnisse geregelt sein werden, und die Ausfuhr ohne Schaden für den Inlandbedarf wird aufgenommen werden können. Außer Getreide importiert Holland in großen Mengen Kartoffeln und Zuckerrübensamen. Unsere Grassamen, insbesondere Klee, haben einen gesicherten Absatz in Holland und werden schon jetzt in bedeutenden Mengen aus Polen bezogen. Einen gesicherten Absatz haben dort Lupinen, Serradella usw., und der polnische Flachs könnte den Pleskauer ersetzen, der früher in bedeutenden Mengen von Rußland bezogen wurde. Als Vermittler kauft Holland große Mengen von Stärke und Kartoffelsirup, sowie Malz (vorwiegend aus Tschechien), auch hier könnten wir nähere Beziehungen anknüpfen. In großen Mengen kauft Holland von uns Spiritus. Wir müßten uns bemühen, polnische Eier in Holland einzuführen, da dieser Artikel dort in großen Mengen konsumiert wird, ferner Borsten, Därme usw. Hierbei muß immer nicht nur die Konkurrenz, sondern auch die deutsche Vermittlung ausgeschaltet werden."

Berliner Börsenbericht

vom 9. März.

Disk.-Komm.-Anleihe	8500.—	Polnische Noten	47.—
Danz. Priv.-Aktienbank	—	Auszahlung Holland	8235.—
Hartmann Masch.-Aktien	10500.—	„ London	97500.—
Phönix	48000.—	„ Neuyork	20800.—
Schuckert	33000.—	„ Paris	1250.—
Hapag	33100.—	„ Schweiz	3874.—
3½% Pos. Pfandbriefe	110.—	Ungarische Goldrente	65500.—
Auszahlung Warschau	46.50		

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Wertpapiere und Obligationen:	8. März	9. März
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	—,—	170 +
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VII. Em.	2600 + N	2600 + N
Bank Poznański I.—II. Em.	600 + N	—,—
Bank Przemysłowców I. Em.	980—950 + A	900 + A
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	1800 + A	—,—
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII. (exkl. Zukaufsr.)	1150 + A	1100 + A
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	600—550 + N	580 + A
Bank Młynarzy	325 + N	325 + A
Industrieaktien:		
Arcona I.—III. Em.	2250—2300 + A	—,—
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	725 + A	—,—
R. Barcikowski I.—IV. Em.	1150—1100 + A	—,—
Browar Krotoszyński I.—III. Em.	14000 + A	12000-11500 + A
Brzeski Auto I.—II. Em.	1800 + A	—,—
H. Cegielski I.—VIII. Em.	10250-10100 + N	10000-9500 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	—,—	620 + N
Centrala Skór I.—IV. Em.	2450 + N	2450—2425 + N
Dębienko I.—II. Em.	2400 + A	2400 +
C. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1350—1375 + A	1250—1325 + A
Hartwig Kantorowicz I. Em.	7500—7400 + N	7300 + N
Hurtowina Drogeryjna	300 + N	325 + A
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	375 + A	375 + N
Hurtownia Skór I.—II. Em.	1100 + A	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	3900 + N	4000—3900 + A
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	1100 + N	—,—
Juno	1200 + N	1200 + N
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-II. (exkl. Bezugsr.)	55000 + N	—,—
Dr. Roman May I.—IV. Em.	21000-20000 + N	20000 + A
Młyn Ziemiański I. Em.	2100 + A	—,—
Płótno I.—II. Em.	1200—1100 + N	1100 + N
Papiernia, Bydgoszcz (exkl. Kup.)	2100 + N	—,—
Patria I.—VII. Em.	1300—1250 + A	1150—1000 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	8000—7700 + A	7200—6200 bis 6400 + N
Bracia Stabrowscy (Zabałki) I. Em.	—,—	3000 + N
Spółka Stolarska I.—II. Em.	4000—4100 + N	—,—
Sarmatia I.—II. Em.	2800 + N	2500 + N
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em.	—,—	1700 + A
Tri	1000 +	950 + N
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	4100—4200 + N	4100 + N
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	2150 + A	2100 + N
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	1400—1350 + A	1200—1150 + N
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn I. Em.	1800 +	1800 +
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em. (exkl. Bezugsr.)	—,—	5200—5000 + N

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 218—210. Umsatz: 50 400 000 dtsch. Mk.
A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. März 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	210 000—230 000	Felderbsen	110 000—130 000
Roggen	110 000—116 000	Viktoriaerbsen	160 000—180 000
Braugerste	95 000—100 000	Peluschken	130 000—150 000
Hafer	115 000—120 000	Serradella	230 000—290 000
Weizenmehl	310 000—330 000	Buchweizen	116 000—120 000
Roggenmehl	194 000—204 000	Blaue Lupinen	90 000—130 000
Weizenkleie	60 000	Gelbe Lupinen	90 000—130 000
Roggenkleie	58 000	Senf	390 000—450 000
Wicken	120 000—140 000	Hirse	95 000—100 000

Tendenz fortlaufend schwach.

Warschauer Börse vom 9. März.

Devisen:

Belgien	2335—2350	Paris	2680—2710—2695
Berlin	2.14—1.97½	Prag	1325—1350
Danzig	2.14—1.97½	Schweiz	8355—8225—8250
London	208 000-209 000-206 000	Wien	64½—64
Neuyork	43 700—44 500—42 750	Italien	2145—2170—2160

Danziger Mittagskurse vom 10. März.

Die polnische Mark in Danzig ... 46¼—46½
Der Dollar in Danzig .... 20 700—21 200.

= Warschauer Getreidebörse vom 8. März. Galizischer Weizen fr. Warschau 225 000 M., Posener Roggen 118 Pfund fr. Verladestation 135 500—138 000 M., Kongreßroggen 116—118 Pfund fr. Warschau 130 000 M., Posener Gerste fr. Verl. 103 500—104 500 M., Kongreßgerste fr. Verl. 103 500 M., Mischung fr. Verl. 114 000 M., Posener Hafer fr. Verl. 131 500 M., Roggenkleie fr. Warschau 63 000 M., Weizenkleie fr. Verl. 67 000 M., Leinkuchen fr. Verl. 115 000 M., Leinkuchen fr. Warschau 124 000 M., Roggenmehl (20proz.) aus Kongreßpolen fr. Verl. 215—216 000 M., Posener Roggenmehl (70proz.) fr. Verl. 221—228 500 M., amer. Nelson-Weizenmehl fr. Warschau 405 000 M., Kongreßpoln. Roggenmehl (55proz.) fr. Warschau 235 000 M., Kongreßpoln. Heu fr. Verl. 32 000 M. — Die Preise gelten für 100 Kilo Nettogewicht.

Berliner Produktenbericht vom 8. März.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen	
märkischer	31—30—31000
pommerscher	—
schlesischer	—
mecklenburger	—
Roggen	
märkischer	30000—29000
pommerscher	—
ostpreußischer	28500
Gerste	
Wintergerste	—
Sommergerste	—
märkische	25000—23000
Hafer	
märkischer	21000—20000
schlesischer	—
Mais	
loko Berlin	30500
frei Hamburg	27000—29000
Weizenmehl	
für 100 kg	95 000—110 000

Roggenmehl	
für 100 kg	90000—100000
Weizenkleie	16000—18000
Roggenkleie	13000—17000
Raps	35000
Leinsaat	85000
Hülsenfrüchte	
Viktoriaerbsen	60000—70000
kl. Speiseerbsen	50000—55000
Futtererbsen	30000—35000
Peluschken	70000—80000
Ackerbohnen	35000—38000
Wicken	55000—75000
Blaue Lupinen	45000—50000
Gelbe „	70000—90000
Serradella	75000—100000
Rapskuchen	18000—18500
Leinkuchen	—
Trockenschnitzel	11000
Zuckerschnitzel	19000—20000
Torfmelasse	7000—8000
Kartoffelflocken	16000—17000

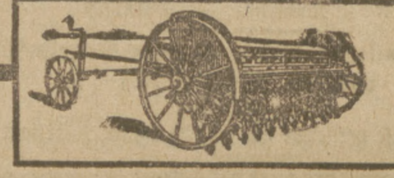
= **Hamburger Cifnotierungen für Importgetreide.** Weizen La Plata faq. Rosa Fé 12,80 Fl., man. I 3 10 Fl., Mais, am. mix. 9,40 Fl. gelb La Plata faq. 9,60 Fl. lose gesackt, Gerste, Donau 62/63 Kg. 8,35 Fl., Roggen, Western II 10,05 Fl., La Plata-Leinsaat 21,16 Fl., Weizenkleie 7,25 Fl., Pollard 4,90 Fl. Kurs: 7600—7850.

Grasmäher Getreidemäher Binder

Original
Deering
Mc. Cormick
Albion
liefert zu **festen Preisen** in poln. Währung bis Ende März

Związkowa Centrala Maszyn
T. A.
Poznań, Wjazdowa 9
Telephon 2280 : Telegr.-Adr.: „Cemata".

!!! Titania-Zentrifugen !!!
flott, stark, scharf, Selbstölung.
Alfa, Diabolo, auch Nähmaschinen, Fahrräder, Gummis, Zubehörteile.
Alles da!
Reparaturen, wie neu!
Maschinenhaus „WARTA",
Gustav Pietsch, Poznań,
Wielka 25.



Berühmte Original Dehnesche

Drill- u. Hackmaschinen

in allen Grössen
bis 4 m Breite sowie
Ersatzteile
zu diesen empfiehlt und bittet um rechtzeitige Bestellung.
Generalvertreter für Polen:

Nitsche i Sp.,
Maschinenfabrik — Poznań.

Św. Marcin 33 Tel.: 1478. Kolejowa 1-3 Tel.: 6049.



Umfangreiches Lager in „Krupp-Fahr"

Gras-Binde- und Getreidemähern

sowie sämtl. Ersatzteilen dazu.
Witt & Svendsen, G. m. b. H.,
Danzig, Dominikswall 11.
Tel.: 541 u. 556. Telegr.-Adr.: Witt Svendsen.
Vertreter gesucht! [5406

Breitdrescher
mit und ohne Rollschüttler,
Sicherheits- u. Bügelgöpel,
Torfpressen und Torfelevatoren :: Feldbahnteile,
sämtl. Systeme fabrizieren:
Raszewski & Kruszka
Fabrik landwirtschaftl. Maschinen
POZNAŃ,
Przemysłowa 25, Telephon 2891.

Ach höret, doch höret die herrliche Mär,
's war 'ne Prinzessin, schon lang ist es her,
Sie starb, ach so stille . . . . sie starb
Wie 'ne Maus . . . .
. . . . . aus . . . .
. . . . . ach nein, die Aerzte behaupten,
Sie täte noch leben,
Wenn hätt' es schon damals „*Ilona*" gegeben
Und täte der Jahre auch alle und Wochen
Sie mit „*Ilona*" nur backen und kochen.
So höret denn, Frauen, und lasset Euch raten,
„Verwendet beim Kochen, beim Backen und Braten,
Nur die „ILONA", die feine, die rare,
Ihr lebet gewiss dann noch unzählige Jahre!"

503]

„ILONA"
Pierwsza Śląska Fabryka Margaryny
Paweł Hoffmann i S-ka, Bielsko (Śląsk).
Repräsentant für Poznań und ehemalige Provinz:
Z. Antoniewicz, Poznań, Różana 4a. — Telephon: 3880.

Stuhl- u. Polsterwaren-Fabrik [5425
„Buczyna",
Bydgoszcz,
Sienkiewicza 15/16.

M. Heinze
Poznań.
Gegr. 1876. **W. Garbary 33.** Tel. 3299.

Möbeltransporte
mit und ohne Umladung nach Deutschland und innerhalb Polens.
Spedition. Lagerung.
Geldschrank und Klaviertransporte.
Verleihen von Flügel- und Klavierkisten.

„RUBEROID"
die zeitgemässe Dacheindeckung!
Muster und Preise bei sofortiger Lieferung ab Lager Poznań, bereitwilligst.
Oskar Becker, Poznań, św. Marcin 59.

Achtung!
Wer sein Gut oder Haus schnell und gut verkaufen will, wende sich mit vollem Vertrauen an die Firma
E. Dłużewski, Poznań,
Słowackiego 48.

Opel-Automobile
4603]
in **weltbekannt** erstklassiger Ausführung kurzfristig lieferbar durch
„Brzeskiauto" T. A., Poznań, ul. Skarbowa 20.

Zur Frühjahrsbestellung
sofort lieferbar:
Drillmaschinen „Saxonia"
Düngerstreuer „Westfalia"
u. a. **Pflüge, Eggen, Kultivatoren, Walzen** usw.
Grosses Ersatzteillager!
Witt & Svendsen, G. m. b. H., Danzig. [5814
Tel. 541 u. 556. Telg.-Adr.: Wittsvendsen.

Wróblewski, Engler i Ska.

Landesprodukte
Telephon: 71-72 **Bydgoszcz,** Sniadeckich 52a.
Filialen: Danzig, Jopengasse 27, Telephon: 834. | Królewska Huta, Jagiellońska 5, Telephon: 504.
An- und Verkauf sämtlicher Getreidearten, Kartoffeln, Sämereien.
Lieferung sämtlicher Düngemittel, Kohlen, Koks.

Zur Frühjahrssaat
offeriert sämtliche [5898

Gemüse- u. Blumensamen
in zuverlässiger reeller Saat
Bruno Hoffmann, Samenhandlung, **Gniezno,** ul. Chrobrego 35

Posener

Messe-Anzeigen
haben
durchgreifenden Erfolg
im weit verbreiteten
Posener Tageblatt,
das von
kaufkräftigem Publikum
gehalten und aufmerksam gelesen wird. Man versäume nicht, die Messe-Anzeigen im Posener Tageblatt zu veröffentlichen! —

Erstklassige **Hausschneiderin** empfiehlt sich für Stadt und Land. Gefl. Off. u. **B. 5892** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Guterhaltenes **Pianino** zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unt. **5927** an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

---

ff. gemahlenen

Düngergips
(schwefelsaurer Kalk)
Mk. 25 000,— per 100 Kilogramm
in Waggonladungen sofort lieferbar [5836
Wapnoer Gipsbergwerke Tow. Akc. Wapno.

Grauen Haaren gibt die Naturfarbe unter Garantie wieder
„Axela" Haar-Regenerator
Flasche 6000 M. bei **J. Gadebusch,** Poznań, Nowa ul. 7
od. Axela-G. m. b. H. Berlin SW Friesenstr. 24 Ecke Arndtstr. Drogerie.

Vacuum
Auto-Oel a, b, c
liefern sofort [534
Sander & Brathuhn, Poznań
ul. Sew. Mielżyńskiego 23. Telephon 4019.

Fenster-Glas
Ornament-, Kathedral-, Rohglas (auch geripp't), [5249
Drahtglas, Spiegel, Kitt, Glaserdiamanten liefert
Polskie Biuro Sprzedaży Szkła T. z o. p. dawn. M. Fuss,
Poznań Małe Garbary 7a. — Telephon 2863.

Fensterglas in allen Sorten,
Glaserkitt, Glaserdiamanten, Bilderleisten
liefert **L. Zippert, Gniezno.**

Brennspiritus
kaufe direkt ab Brennerei franko Verladestation gegen sofortige Cassa. Abnahme erfolgt in eigenen Fässern.
Offerten erb. unt. **Nr. 53,227a** an Annoncenbüro **„Par", Bydgoszcz, Dworcowa 18.**

---

2 eiserne Schaukasten
mit je 4 Kristallplatten [5857
zu verkaufen in **Rawicz, ul. Paderewskiego 150.**